

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



Das Doppelleben eines ehemaligen Farbbeutelwerfers



Joseph war's, ein Hetero aus Frankfurt

Nr. 476

20. Mai 1999

Hallo Leute !!

wer es nicht bereits erraten hat: unsere Titelseite lehnt sich diesmal an die BZ-Schlagzeile vom letzten Samstag an ("...war's: ein Transvestit aus Berlin"). Die Springerpresse und SAT1 unterstützen nicht nur den Krieg im Kosovo - sie initieren eine schmutzige Treibjagd auf KriegsgegnerInnen. Auch die TAZ vom Montag schließt sich in Ihrer bekannt schnoddrigen Art dem homophoben Mainstream an. Die Kriegstreiberei in den Medien und den männerbündischen Institutionen Militär und Parteipolitik verstärkt die zwangsheterosexuelle Norm in der Gesellschaft.
Alles Liebe und solidarische Grüße an die Gesuchte!!
Vieles von der Kritik an den Grünen, die von autonomer Seite formuliert wurde, bewahrheitet sich von Parteitag zu Parteitag. "Die Grünen sind nicht die Typen, 'vor denen unsere Eltern uns immer warnten', sie sind selber das Unglück, vor dem sie unentwegt warnen: dehumanisierte Regierungstechnokraten mit Humanitärsticker am Polit-Revers". (Klaus Theweleit, Konkret 5/99)
Gerüchteweise werden die olivGrünen/ Jäger 90 sich mit einem Wagen Pfingsten am Karneval der Kulturen beteiligen. Haltet die Augen auf und bereitet ihnen einen angemessenen Empfang!
Ans Herz legen möchten wir Euch diesmal den Text der alaska-Redaktion zum neuen Internationalismus. Trotz seiner Länge lohnt die Mühe.
Viele Grüße auch an die Menschen von der Internationalen Karawane, die Ende Mai in der Stadt sein werden. Welcome to town!!
Übrigens: Leserservice gibt's bei uns nicht. Mit Dienstleitungsgesellschaft haben wir nix am Hut und auch keinen Bock, auf Anfrage einzelne monatealte Ausgaben zu verschicken o.ä.. Ist einfach zuviel Aufwand.
An den Menschen vom A-Laden: Bitte schick uns Deinen Text nochmal - und v.a. etwas ausführlicher.
Zudem müssen wir darum bitten, uns die Seite 7 vom LUPUS-Text noch mal zukommen zulassen: die fehlt in allen Ordnern.

Inhalt

Impressum

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: siehe oben

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Vertrieb und Sonstiges:
Einzelabos und Einzelbestellungen auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht.
Das ist uns einfach zuviel Arbeit - wir haben keine Lust, in der Bürokratie zu versinken.
Wendet Euch diesbezüglich bitte an den nächsten Verkaufsort der Interim oder bildet Abogemeinschaften (WGs, Gruppen, etc.). In Härtefällen gibt es Ausnahmen.
Ausnahmen gibt es folgende:
Knastabos und Abos für Infoläden und -Cafés außerhalb Berlins (als Ausleg-/Ansichtsexemplare) sind kostenlos

Buchläden und andere WiederverkäuferInnen können jederzeit ab drei Exemplaren bei uns bestellen.

Redaktionsschluß ist immer montags. Am sichersten ist der direkte Weg zum Postraum im Mehringhof. Dort findet Ihr einen Postkastenschlitz (und an Interim adressieren!).

Alle Artikel, die Ihr uns zuschickt, sollten fertig gestaltet sein. Am besten ist es, wenn Ihr uns eine Diskette mit dem Text im txt-Format (PC) schickt. Eine halbwegs professionell gestaltete Zeitschrift liest sich besser als im üblichen Schnipsel-Layout einer schlechten SchülerInnenzeitung der frühen 80er-Jahre. Schließlichhat heutzutage fast jedeR Zugang zu einem PC

Artikel, die nicht veröffentlicht werden, kommen i.d.R. in den Ordner, wenn sie nicht für die nächste Ausgabe vorgesehen sind. Diese befinden sich im Papiertiger (Cuvrystr. 25), im Kopierladen M99 (Manteuffelstr. 96), im Nachladen (Waldemarstr. 36) und im Infoladen Daneben (Liebigstr. 34). Sie sind der Weltöffentlichkeit zugänglich.

Pressemitteilung

Der Farbbeutel, den ich geschmissen habe, sollte Joseph Fischer treffen.
Mit ihm sollte das Herz der Grünen getroffen werden, die aus der Mitte der Gesellschaft heraus die Bombardements organisieren.
Der Farbbeutel war mit Abtönfarbe und Wasser Nefüllt. Wer behauptet, es sei Buttersäure beigemengt, der lügt, um den Beifall zu der Antikriegsaktion zu dämpfen.
Bei der Aktion wurde ich zu Boden geworfen, konnte danach aber den Saal verlassen.

Der Farbanschlag wurde von vielen Delegierten in persönlichen Gesprächen ausdrücklich begrüßt.
Wenn Joseph Fischer jetzt um seine nicht beabsichtigte Ohrverletzung jammert, dann soll er sich bitte schön einmal vor Augen halten, wie viele Tote durch den von ihm zu verantwortenden Krieg zynisch als Kollateralschaden abgetan werden.
Der Farbbeutel sollte ihn treffen und blutrot markieren.
An J. Fischers Händen klebt das Blut dieses Krieges, wie an den Händen der gesamten Partei. Es ist offensichtlich, daß die Menschen im Kosovo, Serbien und Montenegro als Manövriermasse zwischen Natoländern, UCK und serbischen Regime zerrieben werden. Die Grünen, die sich aus der 68er Protestgeneration an die Macht emporgearbeitet haben, setzen heute die Losung vom "Krieg als humanitären Akt" durch. Sie überdecken damit die wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen, die die Natoländer an diesem Krieg haben. Und ich finde, es liegt in der Verantwortung eines jeden Menschen, alles dafür zu tun, daß dieser krieg sofort beendet wird und ggf. auch die Kriegstreiber Fischer, Schröder und Scharping und wie sie alle heißen aktiv in ihrem Tun zu stoppen...
Ich bereue nichts.

Brandanschlag auf Luftwaffenmuseum in Berlin-Gatow

Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht

Wir haben am 8.5.99 ein paar flammende Grüße im Luftwaffenmuseum in Berlin-Gatow für die Luftwaffe auf der Bonner Hardthöhe hinterlassen. In völliger Verharmlosung der verheerenden Folgen von Luftbombardements werden in Gatow Kampfflugzeuge der NATO und des Warschauer Pakts ausgestellt. Hiermit soll den BesucherInnen vorgegaukelt werden, wie großartig die technischen Leistungen der Ingenieure und Piloten im Luftkrieg sind. Von den Opfern und dem imperialistischen Sinn und Zweck der Kriege ist an keiner Stelle die Rede.

Die NATO bombt ohne UN-Mandat und bricht das Völkerrecht, die deutsche Bundesregierung setzt mit einem Federstrich Grundgesetzartikel außer Kraft - die neue Weltordnung ist eine Ordnung, wo einzig und allein das Recht des Stärkeren weltweit gilt, und dieses Recht bestimmen die imperialistischen Länder. Sie definieren, was ihre Interessen sind, sie bestimmen, was Verletzungen der Menschenrechte sind, welche Opfer zu schützen sind und welche Täter ungestraft davonkommen. Und es gibt viele Täter, es gibt viele Formen von Staatsterrorismus, nicht nur in der Türkei, Nigeria oder Haiti, die weiterhin von den USA oder der NATO gefördert werden. Allein aus diesen Gründen kann der Krieg in Jugoslawien nur bekämpft werden. Allein aus diesem Unrecht heraus, wird Widerstand zur Pflicht!

Bomben mit UN-Mandat?

Was wäre, wenn die NATO ein UN-Mandat hätte? Wäre dann das Luftbombardement auf -Jugoslawien etwa zu rechtfertigen? Wenn, wie die NATO behauptet, Milosevic getroffen werden soll, aber die gesamte Zivilbevölkerung die unvorstellbaren Leiden des Krieges zu tragen hat, wird hier eine neue Kollektivschuld angewendet. Der NATO-Doktrin zufolge haftet das gesamte jugoslawische Volk für seinen unnachgiebigen und uneinsichtigen Führer. Richtete sich die Kriegsführung zu Beginn vornehmlich auf militärische Ziele, so ist man mittlerweile zur Zermürbungstaktik übergegangen, die Infrastruktur des Landes soll zerstört werden, bis der 'Tyrann" in Belgrad nachgibt. Daß neben zerstörten Häusern, Brücken, Kraftwerken und Wasser-

versorgungseinrichtungen auch Menschen in besetzten Bussen und Eisenbahnen dran glauben müssen, ist bedauerlich, aber gehört für die NATO nun leider einmal dazu. Leider?
Heute einige hundert Tote - und morgen...
Im imperialistischen Krieg gibt es kein Menschenrecht! Krieg ist menschenverachtend !

Die weitgehende Akzeptanz des Kriegszustands in diesem Land bis hin zu den Grünen hat uns schon erstaunt. Der nächste Schritt war die Rechtfertigung von hunderten von Toten, die durch die Natoangriffe umgekommen sind. Daß die Regierungspolitiker mit ihrem Antritt einer Politik und Logik verfallen, „wo gehobelt wird, fallen auch Späne", ist dabei weniger bemerkenswert, ist es doch ihre Aufgabe in großen Dimensionen zu rechnen, Menschen zu verwalten und Verhältnissen nach Maß der kapitalistischen, rassistischen Gesellschaft zu schaffen. Mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, und das sind Verwaltungsvorschriften, Gesetze, die Gerichte, die Polizei und wenn nötig hier und da auch das Militär. Bemerkenswert aber ist, daß weite Teile der Gesellschaft und auch die Basis der Grünen einen imperialistischen Krieg so unwidersprochen mittragen. Hier wird über Verkehrsberuhigung und Tempo-30-Zonen wegen Unfalltoten und Umweltschäden gestritten, und ein Paar hundert Kilometer weiter wird mal so richtig militärisch reingehauen. Es gab ja keine andere Möglichkeit, heißt es. Bei allem Leid der Vertreibung im Kosovo, es ist trotzdem schlichtweg falsch, das Leid der albanischen Bevölkerung mit dem Tod von mehreren tausend jugoslawischen Zivilopfern vergelten zu wollen. Aber vor einer heuchlerischen und aggressiven Politik sind eben auch die Alternativen und Intellektuellen nicht gefeit, wenn sie einmal den Braten der Macht gerochen haben. Das neue Motto heißt: Hauptsache am Drücker bleiben - Augen zu und drauf!
Krieg und Eroberung sind mit Zuspruch weiter Teile der Alternativbewegung in Deutschland wieder gesellschaftsfähig geworden da wird kein Blatt mehr vor den Mund genommen. Die Militarisierung der Gesellschaft hat einen großen Schritt nach vorne gemacht. Es fragt sich, was hier noch an Aufklärung geleistet werden kann, denn sie wissen, was sie tun.
Was kommen wird, ist das erste Protektorat unter mitdeutscher „Aufsicht" nach dem 2. Weltkrieg - dann die nächste politische, wirtschaftliche oder militärische Intervention in der nächsten Region, um das deutsche Hegemonialgebiet weiter zu vergrößern. Was nach dieser grünen Außenpolitik an zukünftiger Innenpolitik noch alles zu erwarten sein wird, läßt, gelinde gesagt, nichts Gutes ahnen.

Zerschlagen wir die NATO - fangen wir bei den Grünen an !

Die NATO hat zu ihrem 50. Jahrestag eine neue Doktrin verabschiedet, die den ursprünglichen Verteidigungsauftrag in einen Angriffsauftrag umwandelt. Die „Krisen-Reaktions-Truppen" sollen in „Operationsgebieten außerhalb des Bündnis-Territoriums" (so die NATO) die Interessen der imperialistischen Staaten sichern. Die Anlässe sind beliebig: Sicherung der Rohstoffe und ihrer Transportwege, Bekämpfung regionaler Krisen, Menschenrechtsverletzung etc. - alles rechtfertigt zukünftig, an der UN vorbei, den Einsatz der NATO-Weltpolizisten. So gesehen ist Jugoslawien das erste Experimentierfeld für die neue NATO-Strategie.
Andere, mehr ideologische Ziele der NATO kommen deutlicher als in deutschen Medien in Äußerungen US-Amerikanischer Kommentatoren und in Strategiepapieren hochrangiger NATO-Militärs zum Vorschein. Darin ist die Rede von der Notwendigkeit, den Balkan wieder zu kolonialisieren oder wie es in einem Leitartikel der New York Times hieß, die Serben wieder in die Zeit von 1389 zurückzubomben. 1389 ist für die Serben ein heiliges Jahr, als die Schlacht auf dem Amselfeld gegen die Osmanen stattfand, weshalb vor allem serbische Nationalisten den Kosovo als ihre heilige Erde betrachten und immer wieder, wie auch Milosevic anläßlich des 600 Jahrestages, schwören, den Kosovo niemals herzugeben.
Dieser serbische Nationalismus, wie er sich in den Massakern, Vergewaltigungen und Vertreibungen an der albanischen Bevölkerung im Kosovo seit einigen Jahren austobt, ist weder aus der Luft noch durch Bomben zu beseitigen.
Der Nationalismus ist auf dem Balkan nicht allein eine serbische Angelegenheit: So bedroht der großalbanische Chauvinismus der von der NATO unterstützten UCK mehrere Nachbarländer. Der kroatische Nationalismus mit seinen widerlichen Bezügen auf die faschistische und antisemitische Vergangenheit hat am Ende des Bosnienkrieges zur Vertreibung von mehreren hundertausend SerbInnen geführt. Albanien und Kroatien sind heute Bündnispartner der NATO! Hier wie an anderer Stelle auf dem Erdball wird mit zweierlei Maß in der NATO gemessen.

Die Auseinandersetzung um die Massaker, die serbische Polizeieinheiten vor dem NATO-Überfall im Kosovo begangen haben und um den serbischen Nationalismus und Rassismus gegenüber der albanischen Bevölkerung lähmen derzeit Teile der Antikriegsbewegung. Einige Strömungen halten die Berichterstattung in den bürgerlichen Medien für völlig aufgebauscht und stufen sie als Teil der NATO-Propaganda ein. Andere lehnen gemeinsa-

me Demonstrationen mit JugoslawInnen, die Milosevic-Bilder oder serbisch-monarchistische Fahnen hochhalten, ab. Sie wollen sich trotz des NATO-Krieges nicht mit einem Regime solidarisieren, daß in seiner Regierung als Vizepräsidenten einen erklärten Faschisten zum Polizeiminister gemacht hat, dessen vorrangige Aufgabe das mundtotmachen der jugoslawischen Opposition ist.
Wir würden es geradezu als ein Armutszeugnis der radikalen Linken einstufen, wenn wir den Mantel des Schweigens über die inneren Verhältnisse in Jugoslawien legen würden. Damit tragen wir zur weiteren Schwächung der innerjugoslawischen linken Opposition bei, die noch vor 2 Jahren zu Hundertausenden gegen das Regime und Anfang der 90er Jahre gegen den serbischen Nationalismus im Bosnienkrieg demonstriert haben.
Es kann nicht richtig sein, die Kritik am Milosevic-Regime mit dem Argument zu unterdrücken, dies diene nur unserem Hauptfeind, der NATO. Spätestens seit dem 2. Golfkrieg 1991 ist doch dieses simple Freund-Feind-Schema nicht mehr tauglich. Nichts aber auch gar nichts schwächt unsere Kritik und unseren Kampf gegen den NATO-Krieg auf dem Balkan, wenn wir das sagen, was ist: Der Nationalismus ist nicht erst durch die bösen westlichen Länder nach Titos Tod nach Jugoslawien importiert worden, sondern bestimmte - zwar in deutlich abgeschwächter Form - auch in den Zeiten des vielbeschworenen sozialistischen Vielvölkerstaates unter Tito die alltägliche Politik zwischen den verschiedenen Republiken und teilautonomen Regionen. Der Nationalismus wurde von oben bekämpft, ohne daß eine seiner wichtigen Ursachen und Motoren, die Dominanzkultur des Patriarchats, auch nur ansatzweise gesellschaftlich auf breiterer Front von unten bekämpft worden ist. Das ist doch gerade eine der entscheidenden Kritikpunkte z.B. der „Frauen in Schwarz" aus Belgrad.

Solidarität mit allen Flüchtlingen des Krieges !

Wir wollen uns mit unserer Antikriegsaktion ausdrücklich mit den albanischen und den serbischen Flüchtlingen, die vor dem Krieg der jugoslawischen Regierung bzw. vor den NATO-Bomben fliehen, solidarisieren, auch wenn unsere Aktion sicherlich weniger ist als ein Tropfen auf dem heißen Stein und den Menschen vor Ort nichts bringt. Die Antikriegsaktionen auf der Straße haben die Flüchtlinge des Krieges bisher leider fast vergessen, manchmal sogar ausgeblendet. Einmal abgesehen von der fatalen politischen Position, die Gewalttaten, die Flüchtlinge und die vielen vergewaltigten Frauen nur als NATO-Propaganda abzutun, ist dieser Umstand wohl teilweise einem Reflex geschuldet, sich abzuwenden, da sich die massive Kriegs- und Rechtfertigungspropaganda das Leid der albanischen Vertriebenen, dermaßen zu nutze gemacht hat, so daß wir mit einer Solidarisierung scheinbar ins gleiche Horn blasen. Demgegenüber halten wir es für notwendig, politisch genau an diesem Punkt anzusetzen. Die deutsche Kriegspropaganda braucht das Elend der Vertriebenen, um den Krieg aus Weltmachtinteressen zu führen. Hilfe wird nach einem nationalistischen Weltverständnis geleistet und dabei geht man auch nur so weit, daß die Flüchtlinge gerade so überleben, wenn überhaupt. Neben der Tatsache, daß es bereits hunderte Tote durch Nato-Bomben gegeben hat, entlarvt sich genau hier zur Zeit die ach so humanitäre rot-grüne Kriegspropaganda, man wolle ja eigentlich nur das Beste für diese Menschen.
Deshalb: *Grenzen auf für alle Flüchtlinge !*

Gegen Nationalismus und Männlichkeitswahn

Um auch vor uns selber, in unseren Kämpfen hier im Herz einer der Bestien, weiter glaubhaft zu sein, gibt es keine Alternative, als Nationalismus und Größenwahn zu bekämpfen - und zwar weltweit. Auch wenn derzeit die NATO mit ihren rot-grünen Handlangern unser Hauptgegner sein muß.

Krieg ist ohne Nationalismus nicht denkbar und die Kriege der Neuzeit sind ohne Überheblichkeitsdünkel und Männlichkeitswahn ebenfalls nicht denkbar!
Dazu gehört die Verherrlichung vergangener Kriege, dazu gehört die Zurschaustellung von Kriegswaffen.
Das Abfackeln in Gatow ist ein symbolischer Akt, das wissen wir. Aber den Herrschenden und ihren Militärs soll damit deutlich gemacht werden, daß es für sie kein ruhiges Hinterland gibt.

Da dieser Krieg sogar nach den Gesetzen der Herrschenden rechtswidrig ist, ist jede Widerstandshandlung dagegen gerechtfertigt. Deshalb fordern wir alle Menschen auf, die sich nicht zu Knechten der NATO-Kriegstreiber machen wollen, sich an legalen und illegalen Protest- und Widerstandsformen zu beteiligen. Ihre Gesetze haben keine Gültigkeit mehr.

Autonome Gruppe „Zerschlagt die NATO"

Anti-Kriegs-Aktion in der Volksbühne

der Plan

Am Donnerstag, den 6.5. wollten wir den Versuch unternehmen, den hiesigen Kulturalltag zu stören, um Leute anzuregen, sich gegen den NATO-Krieg in Jugoslawien zu engagieren.
Dafür suchten wir uns die, Volksbühne am Rosa Luxemburg Platz, wo zumeist Linke, Ex-Linke, kritische Geister oder ehemals bzw. sporadisch Aktive zu finden sind. Außerdem sprach für den Ort, daß nicht mit Bullen oder AktivbürgerInnen zu rechnen war.
Die Theatervorstellung sollte bewußt gestört werden, um durch diese Regelverletzung größeren Handlungsdruck zu erzeugen.
Unsere Erwartungen daran waren unterschiedlich. Entweder die Theaterbesucherinnen akzeptieren die Unterbrechung und haben Lust, und 2-3 Minuten zuzuhören und, gegebenenfalls mit uns zu diskutieren, oder sie sind so empört, daß sie den Rausschmiß fordern oder uns beschimpfen. In jedem Fall versprachen wir uns einen Effekt, der bei den meisten ein Nachdenken über ihre Positionierung zum Krieg bewirken würde.
Unser Flugblatt war genau auf diese Klientel abgestimmt und sollte keinesfalls moralisch rüberkommen (von wegen: wie könnt ihr ins Theater gehen, während Krieg ist - wir dagegen tun etwas). Auch sollten sie irritiert, aber nicht persönlich angemacht werden. Als konkrete Handlungsmöglichkeit schlugen wir die bundesweite Antikriegsdemo am Samstag vor.

was ging dann ab?

Wir ca. 25 Frauen und Männer, die 3/4 Stunde nach Beginn das Tanztheaterstück "Goya" von Kressnik) unterbrachen, indem wir von draußen kommend ungehindert in den Saal rannten. 10 von uns hatten weiße Umhänge mit "NATOD" drauf und Wasserspritzpistolen, die in den Saal spritzten. Die anderen warfen Zeitungsschnipsel, Konfetti und ließen zu Fliegern gefaltete Flugis in den Raum segeln (unser anschließend dokumentiertes, sowie die Erklärung serbischer NGO's - vorletzte interim).
Wir riefen "Deutsche Waffen, deutsches Geld..." und 2 Transpis wurden auf die Bühne gebracht (Aufruhr, Widerstand - es gibt kein ruhiges Hinterland und Gegen NATO-Krieg, Nationalismus und -Verteibung). Das -Mega machte einen Sirenenton und es war ein ganz schönes Durcheinander. Als die meisten Flugis verteilt waren, machten wir die Sirene aus und versuchten uns verständlich zu machen. Das war schwierig, denn Musik für das Stück blieb erstmal an und die ca. 150 Leute im Saal gingen nach anfänglichem Klatschen (sie dachten wohl, wir gehören zum Stück) teilweise dazu über, uns ihre Meinung zuzurufen. Diese wollten gar nicht "mal kurz zuhören, was wir zu sagen haben!". Manche beschimpften uns sogar recht aggressiv. Andere fanden es aber auch gut, zumindest klatschten welche, lachten oder riefen Anti-NATO-Parolen. Gleichzeitig versuchten Bühnenarbeiter, die TranspihalterInnen von der Bühne zu bewegen. Insgesamt war es nicht möglich, den geplanten Beitrag zu halten, weil wir uns zu sehr auf die einzelnen RuferInnen- bezogen, um sie zur Ruhe zu bringen. Nach wenigen Minuten hielten wir es für besser abzuziehen, wobei es noch kurze Versuche gab, einzelne, v.a. dort Arbeitenden unsere Aktion zu vermitteln, was auf die Schnelle nicht ganz gelang.

Erfolg?

Es ging alles sehr rasch, so daß es schwer ist, ein Gesamtbild der Aktion zu rekonstruieren. Doch bei der kurzfristigen Nachbereitung fanden wir`s gelungen, auch wenn einzelne was anderes erwartet hatten, eher peinliches Schweigen.
Was wir besser hätten machen können, war, die vorbereitete kurze Rede trotz der Rufe über Mega zu halten und sich davon nicht so irritieren zu lassen. Andere meinten, wir hätten mit unserer Störung inhaltlich an das Stück anknüpfen sollen, bzw. dafür ein anderes raussuchen sollen.
Das gelungene Ergebnis war letztlich, das Publikum in einem Wust von Flugis, Papierschnipseln und teilweise etwas naßgespritzt zurückgelassen zu haben. Sicher gab das Diskussionsstoff, mindestens für die Pause. Die Flugis werden die meisten gelesen haben. Viele werden wir, v.a. durch den Flugitext, an einem Nerv getroffen haben. Nämlich daß sie sich für Linke halten, oder sind, und sich trotzdem größtenteils sicher nicht gegen den Krieg verhalten. Die Rufe gingen in die Richtung: Hier seid ihr falsch, geht in die Deutsche Oper, wir sind doch auch gegen den Krieg, was macht Ihr denn schon dagegen..
Niemand von uns weiß, was die Leute damit anfangen, aber die Aktion wird nicht ohne Wirkung geblieben sein (Subversion ... hahaha)
Uns hat es Spaß gemacht, mal eine andere Aktionsform auszuprobieren und uns direkter mit Menschen zu konfrontieren, die wir ja erreichen wollen z.B. mit unseren Demos. Kann sein, daß sowas mehr bewirkt - nach außen - als manche kleine Demo...Mehr davon!

Eine kleine Spaßguerilla

Das Bekenntnis der Bomben

Von Eduardo Galeano

Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten in der NATO entladen eine Sindflut von Raketen auf Jugoslawien bzw. das Wenige, das von Jugoslawien geblieben ist. Nach offizieller Lesart handeln die Angreifer für die Rechte des albanischen Volkes im Kosovo, das Opfer der "ethnischen Säuberung" durch die Regierung Milosevic ist. Nach Aussagen von Präsident Clinton konnten die westlichen Demokratien angesichts dieser "unannehmbaren humanitären Katastrophe" nicht mit verschränkten Armen verharren.
Die fürchterlichste "ethnische Säuberung" und die aller "unannehmbarste humanitäre Katastrophe" der Geschichte Amerikas im 20.Jahrhundert geschah in den letzten Jahrzehnten in Guatemala. vor allem in den 80er Jahren. Die guatemaltekischen Indigenas waren die Hauptopfer dieses Massakers: es gab hundertmal mehr Tote als in Kosovo und doppelt so viele Vertriebene. Während seiner letzten Reise nach Mittelamerika hat Präsident Clinton um Vergebung gebeten für die Unterstützung, die sein Land den Schlächtern der Indigenas gab, den Militärs, die von den Vereinigten Staaten ausgebildet, bewaffnet und beraten worden waren. Warum verlangt Clinton nicht von Milosevic, ebenfalls diese erfolgreiche Doktrin des Hände in Unschuld Waschens anzwenden? Die Bombardierungen könnten für eine förmliche Verpflichtung eingestellt werden, sagen wir 2012 oder 2013 die Leichen im Kosovo um Vergebung zu bitten, womit alles gut wäre, die Angelegenheit erledigt, die Sünde gesühnt. Und weiter mit dem Morden.

Der US-Präsident war in einen Sex-Skandal verwickelt und Robert de Niro und Dustin Hoffman erfanden einen Krieg, um die Aufmerksamkeit des werten Publikums abzulenken. In dem Film "Wag the dog" wurde dieser fiktive Krieg im Namen der Rettung des albanischen Volkes geführt. Jetzt wird der Film mit anderen Mitteln fortgesetzt, wiederum im Namen der Rettung des albanischen Volkes. So ist das im Kino: die Flugzeuge, die wie aus Hollywood aussehen, starten und Nacht für Nacht gehen Feuerwerke am Himmel über Jugoslawien hoch.
Wie bei den Bombardierungen Iraks gehören Bilder von den toten Feinden nicht zu dem Spektakel -, und eigene Tote hat es keine. Solange die Angriffe aus der Luft stattfinden, wird dieser Krieg weiter vorgeben. ein virtueller zu sein. Würden die Truppen auf dem Boden einmarschieren und kämen die ersten Helden in Särgen in die angreifenden Länder zurück, wäre das eine ganz andere Geschichte.

Derweil feiert die NATO ganz groß ihren 50.Geburtstag. Sie schmeißen das Haus zum Fenster raus, wie man sagt. Das ist die teuerste Geburtstagsfeier der Geschichte: ohne den Wert der Leben und der Güter mit zu rechnen, die in Jugoslawien vernichtet werden, denn schließlich gibt es keinen Feind, der sein Unglück nicht verdiente. Jede Bombennacht kostet 330 Millionen USD. Nach einer Berechnung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 30.März haben die Vereinigten Staaten in der ersten Nacht dieses Krieges soviel Geld ausgegeben wie die gesamte Hilfe ausmacht, die Clinton den mittelamerikanischen Ländern versprochen hat, die vom Hurrikan Mitch zerstört worden sind.
Nicht umsonst. Einige fragten schon, zu was die NATO nutze sei nachdem die kommunistische Bedrohung in Osteuropa verschwunden war. Der Geschäftsführer des Unternehmens, Javier Solana, hat es übernommen. solche Zweifel zu zerstreuen. Vor zwanzig Jahren hat Solanas "Nein zur NATO!" geschrieben, vor zehn Jahren sagte er, als der Krieg der USA gegen den Irak begann, namens der spanischen Regierung den historischen Satz: "Wir sind benachrichtigt worden, aber nachträglich." Und jetzt erklärt er uns, daß die NATO "den Frieden verteidigt" - für eine Million USD pro Rakete.

Die Großmächte praktizieren das Verbrechen und empfahlen es. Niemand hat das Gesetz so häufig gebrochen.
Bomber-Staaten lachen über das internationale Recht und über das eigene Gründungsdokument der NATO.
Gegen einen blutigen Diktator wie Milosevic, sagen sie uns, ist alles erlaubt, auch das Verbotene.
Gegen Milosevic? Im Fernsehen sieht man den sogenannten Hitler des Balkans jedenfalls gesund und munter. Wer leidet, das sind die Leute.
Auch die Kriege gegen den Irak, die alle Gesetze, die es je gab und die es je geben wird. verletzt haben. sind mit der Notwendigkeit gerechtfertigt worden, Saddam Hussein zu stürzen. Die Jahre ver-

gehen, eine Bombardierung nach der anderen, und der sogenannte Hitler des Mittleren Ostens regiert weiter, als ob nichts geschehen wäre. Wie viele IrakerInnen sind dagegen gestorben? Nach offiziellen Angaben der Vereinigten Staaten (US Bureau of the Census, Januar 1992) sind 145.000 IrakerInnen und 124 US-AmerikanerInnen im Krieg von 1991 gefallen. Wie viele mehr leiden unter der Wirtschaftsblockade, die theoretisch den Diktator zu Fall bringen soll? Wie viele werden vom Hunger bestraft, der von den internationalen Wirtschaftssanktionen erzwungen wird? Nach dem letzten Bericht des Roten Kreuzes hat sich in diesem Jahrzehnt die Anzahl der Kinder, die mit Untergewicht auf die Welt kommen, versechsfacht.

Und wenn es doch wahr wäre, daß die "ethnischen Säuberungen" der NATO das Herz zerreißen? Das jedes Mittel recht ist, um die bedrohten Minderheiten vor der Ausrottung zu schätzen? Das wäre bewegend. Aber wenn dem wo wäre, weshalb bombardiert die NATO dann nicht die Türkei? Praktiziert die Türkei nicht die systematische Säuerung des kurdischen Volkes? Weshalb verdient Jugoslawien Bestrafung und die Türkei Beifall? Vielleicht weil die Türkei zur Familie gehört. ein Mitgliedsland der NATO ist; oder vielleicht mehr noch, weil die Türkei einer der wichtigsten Kunden der westlichen Rüstungsindustrie ist.

Dieser Krieg ist wie alle Kriege ein gigantisches Schaufenster für die Ausstellung und den Verkauf von Waffen. Die F-117 (Tarnkappenbomber), die ihre zerstörerische Karriere mit der Ermordung von PanamenerInnen Ende 1989 begonnen hat, ist nach wie vor der Star. Ein Stolpern gibt es in jeder Karriere, nicht alle Werbekampagnen sind erfolgreich: ausgerechnet ein Exemplar dieser angeblich unsichtbaren Wunderwaffe hat sich sehen lassen und ist abgeschossen worden. Das hat die US-amerikanischen SteuerzahlerInnen 45 Millionen USD gekostet, abgesehen vom Wert der Waffen, die der Vogel mit sich führte.

Dieser Krieg dient wie alle Kriege dazu. die Militärausgaben zu rechtfertigen. Die großen Westmächte. die bis an die Zähne bewaffnet sind, brauchen Kunden und sie brauchen Feinde. Vor gar nicht langer Zeit, Anfang diesen Jahres, als der zweite Krieg gegen den Irak zu Ende ging, warnten die Generäle des Pentagon: Unser Vorrat an Raketen geht aus. Sofort kündigte Präsident Clinton an, daß er den riesigen Kriegshaushalt, der 15% des gesamten US-Staatshaushaltes ausmacht und, niemand weiß weshalb, Verteidigungshaushalt genannt wird, um 12 Millionen USD aufstocken würde.

Die NATO entstand als bewaffneter Arm der Vereinigten Staaten in Europa. Obwohl Rußland niemanden mehr bedroht, wächst die NATO weiter und mit ihr wachsen die Hegemonie Washingtons und der Markt für die US-amerikanische Rüstungsindustrie. Um gute Führungszeugnisse zu bekommen, sind Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in die NATO eingetreten und Käufer von neuen Waffen in den USA geworden.



Brief einer chilenischen polit. Gefangenen

Er ist nicht von den Repressionsapparaten entführt worden, wie wir.
Er ist nicht vor seinen Kindern gefoltert worden, sie haben ihn nicht unter elektrischen Strom gesetzt, haben ihn nicht geschlagen, ihm nicht die Augen verbunden, ihn unter Verhör keinerlei Druck ausgesetzt.
Er ist nicht unendliche Tage lange isoliert worden, ohne Verteidigung vor den Henkern, im Ungewissen über seine Zukunft - Tod oder Leben... - gelassen worden.
Er ist nicht im Zirkus der öffentlichen Medien verteufelt worden, nun ist er ein armer alter Mann; in Chile wird er nicht wie ein Verbrecher und Terrorist behandelt.
Er ist nicht in die Kasernen gebracht worden, in Isolation, nicht vor Gericht, sie haben ihn keinem irrwitzigen Prozeß unterworfen, haben ihn nicht lebenslänglich verurteilt, zum Tode oder zu 300 Jahren... wie uns. Er ist nicht in ein Hochsicherheitsgefängnis gebracht worden, wird nicht alle Stunden und Tage kontrolliert, nicht videoüberwacht, kein Schloß an keiner Zelle... wie wir.
Niemand wird es wagen ihn zu erschießen, weil er ein Mörder, ein Terrorist oder ein Massenmörder ist... auch wenn er es verdienen werde. Sicher ist, daß er aus irgendwelchem Grund frei bleiben wird und nicht jahrelang gefangen... wie wir.
Sehr skeptisch haben wir den Anfang der Haft des Diktators Pinochet erlebt. Wir haben gelernt, nicht an die Gerechtigkeit der Gerichte zu glauben und in einer erdrückenden Straflosigkeit zu leben. Wir kennen den "pacto de la Concertacion" (Mitte-Linksparteien, an der Macht in Chile - dÜ) mit den Militärs und der Rechten, wir kennen die bedingungslose Unterstützung der Armee für ihren wohlverdienten General, somit wußten wir, daß er Unberührbar ist. Das stimmt aber nicht ganz. Ein fremdes Land durfte. Und heute richtet ihn die ganze Welt. Aus Skepsis wurde Erstaunen. Die Diktatur wurde ein wenig aufgedeckt: ihre bösartigen Handlungen, die Männer, die sie führten, der 17 Jahre lange Terror ist wieder in der ganzen Welt ein Thema. Hier sagt niemand, Pinochet sei unschuldig, jetzt ist's so, daß er wegen seines Alters nicht mehr strafbar ist. Der abgemachte Übergang ist aufgedeckt worden: fröhlich sehen wir die Wut der Rechten, die diplomatischen Bemühungen der Armee, die zwiespältige und beschämende Sprache der "Concertacion", der Präsident Frei, der spricht, als wär's ein einig Land, jenes des abgemachten Überganges. Wir sehen wieder die Feste auf der Straße, sie werfen die Steine und Bomben des Glückes; einmal sind auch wir am festen, feiern Karneval, träumen, daß Pinochet Engländer wird und nie wieder zurückkehren wird.
Mit gewissem Erstaunen (wir wissen, daß sie imstande ist, viel schlimmere Dinge zu tun) sehen wir den Einsatz der Regierung für Pinochet. Dem Schein nach sind wir ein einig Land geworden, in dem Gerechtigkeit herrscht. Es ist ein nationalistisches Gefühl der Territorialität entstanden: "wenn er beurteilt werden muß, mache man das in Chile". Wann wurden in diesem Land je Mörder beurteilt?...
Heute beruft man sich auf die Menschenrechte. Die Rechte spricht von Menschenrechten, die Regierung spricht von Menschenrechten; sie, die sie immer mit Füßen getreten haben, wollen jetzt menschlich erscheinen und auch noch die Menschenrechte einfordern.
Wo sind aber die Menschenrechte der Ausgegrenzten und Gebeutelten von gestern und heute? Wo sind die Menschenrechte der Salpeterminenarbeiter, der Minenarbeiter von Lota, der arbeitenden Kinder? Wo sind die Menschenrechte der Hunderten von "Desaparecidos", der Ermordeten und Gefolterten? Und von denen wie wir, welche Tag für Tag unter der Repression des durch die "Concertacion" gegründeten Polizeistaates leiden? Wo sind die Menschenrechte der LehrerInnen, der Mapuche, der Armen? Wo sind die Menschenrechte derjenigen, wie wir, die sich der Repression und dem Elend der neoliberalen Welt entgegengesetzt haben? Wo sind die Menschenrechte der in Hochsicherheitsgefängnissen eingeschlossenen, von militärischen und zivilen Gerichten ohne jede Rechtsverteidigung prozessierten und lange Jahre eingeschlossenen politischen Gefangenen? Und in Fällen wie jenem von Maria Cristina San Juan, die seit 2 Jahren im Gefängnisspital ist, mit schweren organischen und psychischen Krankheiten und einem lebenslänglichen Urteil? Wer spricht von Menschenrechten, wenn die Gendarmerie die Gefangenen jeden Tag durchsucht, bestiehlt, mißhandelt und bestraft?
Von welchen Menschenrechten sprechen diese Scheißkerle?
Wir wissen genau, wie das mit dem General enden wird. Unsererseits bloß das: soll er doch verrecken! Im Moment fahren wir fort fröhlich zu sein, weil der General, wenn auch nur kurz, in der Scheisse steckt, wie auch die Scheißarmee, die Scheissrechte, die Scheiß"concertacion"... wenn auch nur kurz!
Vom Knast aus sagen wir all denen: GO TO ENGLAIND und kehrt nimmer wieder!

Eine politische Gefangene

Santiago, Carcel de Alta Seguridad - COF

Redaktion Alaska. Zeitschrift für Internationalismus

150 Grad West 60 Grad Nord

Eine Standortbestimmung jenseits vom neuen Internationalismus

Internationalismus ist mehr als die weit verbreitete Anschauung, daß heute alles irgendwie global ist. Internationalismus heißt, die Frage nach Herrschaft und Befreiung (Emanzipation) in einem weltweiten Rahmen zu sehen und zu stellen. Internationalismus heißt gleichzeitig, die heutige Ordnung der Welt nicht nur als ein Bündel von Problemen, sondern als eine herrschaftsförmige Ordnung zu sehen - eine Ordnung, die auf der Geschichte der kolonialen und imperialistischen Unterwerfung der Welt durch die Länder des Nordens beruht, aber auch auf der Geschichte des Widerstands und der Emanzipation hier wie dort. Internationalismus bejaht das prinzipielle Recht der Menschen auf Selbstbefreiung und die Notwendigkeit, sich dabei gegenseitig zu unterstützen, über die Grenzen von Nationen und wirtschaftlichen Blöcken hinweg.

Soviel ist immer noch richtig. Internationalismus bedarf heute jedoch einer Neubestimmung angesichts einer veränderten Weltlage; er bedarf auch einer kritischen Neubegründung hinsichtlich dessen, was man sich unter Emanzipation vorgestellt hat und zukünftig vorstellen soll. In den Diskussionen um einen "Neuen Internationalismus', die um 1992 herum geführt wurden, ist eine solche Neubestimmung begonnen worden, gleichzeitig wurde ihr jedoch auch ausgewichen. Ein postmoderner Internationalismus muß an diesen Debatten anknüpfen und über sie hinausgehen.

Als veränderte Rahmenbedingungen für internationalistische Politik in den letzten Jahren werden meist übereinstimmend genannt (das sind aus unserer Perspektive bei weitem nicht alle, aber die, über die man sich allgemein einig ist):

- der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten und damit das Ende der Systemkonkurrenz;

das Scheitern der nationalen Befreiungsbewegungen, jedenfalls bei dem Versuch, eine neue, zukunftsweisende gesellschaftliche Ordnung im eigenen Land zu etablieren; - eine von den Transnationalen Konzernen und Banken getragene weltweite Integration und Flexibilisierung der Produktion, die die Verhandlungsmacht von Arbeit untergräbt, die ökonomische Souveränität der Nationalstaaten schwächt, und in der Marginalisierung und Ausschluß eine stärkere Drohung zu sein scheint als Ausbeutung; - die ökologische Unhaltbarkeit des bisherigen globalen Entwicklungsmodells.

Das ist jedoch nur die eine Seite. Die andere Seite ist, daß sowohl die Politik der realsozialistischen Staaten, als auch der nationalen Befreiungsbewegungen, als auch der Internationalismusbewegung Teil eines Emanzipationsmodells war, das heute nicht mehr akzeptabel ist. Selbst wenn wir von den Fällen absehen, wo in rein zynischer Weise auf Sozialismus, Befreiung und Internationalismus Bezug genommen wurde (vom "Sozialismus" Rumäniens über die "nationale Befreiung" Kambodschas bis zur Selektion nach jüdischen und nichtjüdischen Passagieren an Bord eines unter Mitwirkung deutscher Linker entführten Flugzeugs), bleibt festzuhalten, daß auch der "Normalfall" dieses Emanzipationsmodells patriarchal und autoritär war und in vielerlei Hinsicht Unterdrückungsstrukturen legitimiert und Emanzipation verhindert hat.

Von den "Modellstaaten" ist keiner geblieben. Von einigen ist heute unverständlich, wie sich die Internat-Bewegung teilweise so positiv drauf beziehen konnte, z.B. China. Auch diejenigen, die wir immer noch als positive Beispiele verbuchen würden, wie Kuba, Nicaragua, Uganda zeigten die typischen Elemente einer tendenziell autoritären Verfassung und einer tendenziellen Ignoranz gegenüber indigenen Bewegungen, Feminismus, Homosexualität, etc. (Dabei ist es eine im Einzelfall zu führende, notwendige Diskussion, weiche Autoritarismen in der revolutionären Situation schwer vermeidbar oder historisch alternativlos waren, und für welche das sozialistische Emanzpationsmodell oder ein direktes Herrschaftsinteresse verantwortlich waren.)

Das Pathos, mit dem die internationale Befreiung gefeiert wurde, war dasselbe, mit dem feministische Emanzipation beiseitegewischt wurde. Während die Theorie vom "Hauptwiderspruch" Kapital-Arbeit in der Internationalismus-Bewegung immer kritisiert wurde, hält sich bis heute die Neigung, sich einer "Hauptaufgabe" zu widmen, der gegenüber die multi-

plen Unterdrückungsstrukturen dann doch bloßes Beiwerk sind. Die Sehnsucht, die Rückkehr zu den "harten Fragen" möchte wieder mehr Eindeutigkeit und Orientierung bringen, scheint gerade in letzter Zeit wieder zuzunehmen.
Die Internationalismus-Bewegung hat sich an der Suche nach Ansätzen beteiligt, die diese Situation überwinden, z.B. durch die Rezeption des Triple-Oppression-Ansatzes oder die Auseinandersetzung mit der Subsistenztheorie. Die internationalistische Debatte ab 1992 hat Wesentliches zu einer Neubestimmung linker Politik beigetragen. Sie hat es jedoch bis jetzt nicht geschafft, ein erneuertes Modell politischer Utopie und Strategie hervorzubringen, das gegenüber der erfolgten Kritik und Selbstkritik Bestand hat und auch in den eigenen Zusammenhängen, ihrer Alltagsebene, als revolutionierende Kraft spürbar wird.

Vom neuen Internationalismus ...

Seit den Zeiten von 68, besonders aber in den letzten 20 Jahren sind die traditionellen Vorstellungen darüber, was linke und internationalistische Politik ist, in vielfacher Weise kritisiert und zu Recht revidiert worden. Einige dieser Revisionen sind:
- Es gibt nicht das "revolutionäre Subjekt". Emanzipative Prozesse entfalten sich entlang der umfassenden, alle Lebensbereiche und Wahrnehmungsebenen betreffenden, Politisierung des Subjekts als Unikat. - Das Konzept der Avantgarde ist am Ende. Die Herrschaftsverhältnisse durchziehen uns alle, wenn auch in unterschiedlicher Weise. Wir alle haben uns in Selbstveränderungsprozesse einzubringen und nicht Führung, sondern Selbstbestimmung ist gefragt. Linke Dominanzkultur hat viele Befreiungsansätze zerstört. - Es gibt keinen Hauptwiderspruch. Elementar ist die Vernetzung und historische Dynamik von Herrschaft zu verstehen, wie auch ihren Doppelcharakter von Ausgrenzung wie auch Integration. Wir sehen mehr als Kapitalismus, aber auch mehr als Kapitalismus, Rassismus und Sexismus.
- Es funktioniert nicht, die zentrale Staatsmacht zu übernehmen und dann die Gesellschaft von oben emanzipativ zu gestalten. Die Macht hat viele Zentren, und Emanzipation muß im Wesentlichen aus der Gesellschaft heraus erfolgen, von staatlicher Politik nur flankiert. - Fortschritt/Entwicklung ist nicht per se progressiv. Ökonomische Modernisierung entfaltet nicht automatisch demokratisch-sozialistische Potentiale. Ganz im Gegenteil stellt sie häufig eine Form von sozialem Krieg und politischer Unterwerfung dar.
- Es gibt keine "Objektivität", von der aus man erkennen kann, wie die Lage anderer ist und was sie brauchen. - Demokratisierung, Gleichheitspolitik, Identitätspolitik (also interne Gleichheit in der Gruppe) sind in hohem Maße problematisch, weil sie gegenüber den neueren "abstrakten" Unterdrückungsformen (also "entgeschlechtlichtes" Patriarchat, "räumlich entgrenzter" Norden, "entfärbter" Rassismus etc.) mindestens wirkungslos sind bzw. diese sogar untermauern.
- Vergesellschaftung, gesellschaftliche Planung, "rationale Bedürfnisbefriedigung" ist nicht der Schlüssel zu linker Politik. Derartige Konzepte haben erstens enge Grenzen, weil z.B. eine totale Kollektivierung von Reproduktion weder möglich noch wünschenswert ist, und können zweitens für sehr unterschiedliche Programme genutzt werden, verbergen also keineswegs Emanzipation.

Zur postmodernen Kritik

Diese Revisionen sind in der Debatte um "Neuen Internationalismus" bereits gesehen und vollzogen worden. Ihre Hauptkonsequenzen waren, - den Widerstand gegen die Verhältnisse im eigenen Land zu betonen,
- die Gleichberechtigung verschiedener Unterdrückungsstrukturen praktisch anzuerkennen und - den Industrialismus des Nordens nicht mehr als das eine, von allen anderen nachzuvollziehende Entwicklungsmodell zu sehen.
An den traditionellen linken Vorstellungen von Emanzipation wurde jedoch nicht gerüttelt. Linke Politik ist traditionellerweise von einer Emanzipationsvorstellung getragen, die typisch "modern" gedacht ist. Diese klassischen, ´.moderne" Vorstellung von Emanzipation und ihrer "Radikalität" beinhaltete:
- Zwischen den Verhältnissen und der emanzipativen Bewegung gebe es einen radikaler Bruch, eine absolute Trennung.
- Emanzipation ist total, sie kann und muß jeden Lebensbereich und jeden gesellschaftlichen Bereich erfassen, sonst ist sie nicht "radikal". - Wirkliche Emanzipation hebt Ungleichheit auf, auch das Problem ungleicher Macht. Deshalb macht wirkliche Emanzipation jedes Nachdenkens über Repräsentation und Macht "hinterher" überflüssig. - Befreiung ist die "Freisetzung" von etwas, was es schon gibt und sich aus den Verhältnissen befreit (wie wenn es nicht auch

von den Verhältnissen geprägt und darum auch zu verändern wäre).
- Emanzipation geht den Kern der Sache an, die "wirkliche Ursache" von Herrschaft und Ungleichheit. - Ist diese Ursache beseitigt, regeln sich die gesellschaftlichen Verhältnisse im Einklang mit der Vernunft, sie "optimieren" sich.
Es ist der Glaube an diese Vorstellungen, der durch die postmoderne Kritik erschüttert wird. Auch dies ist keine akademische Frage. Hier liegt z.B. begründet, wieso die Kritik und Bearbeitung interner Herrschaftsverhältnisse in fast allen Zweigen der Emanzipationsbewegungen so schwierig war - von den sozialistischen Staaten bis zur Frauengruppe, vom Black Movement bis zur Internationalismusbewegung selbst. Die "radikale Trennung" ist immer auch ein patriarchales Konzept, z.B. weil sie die eigene Führung unangreifbar macht und deren Totalverwaltung der eigenen Ressourcen legitimiert. Die " radikale Trennung" sieht auch von den Notwendigkeiten der Reproduktion unter den gegebenen Verhältnissen ab und ist deshalb patriarchal - Frauen können diese Notwendigkeit nicht in gleicher Weise ignorieren, schon deshalb weil sie sich in höherer Weise für Kinder verantwortlich fühlen, aber auch deshalb, weil z.B. die meisten Männer unter Bedingungen Politik machen, unter denen die meisten Frauen weder leben noch arbeiten können. Die "radikale Trennung" legitimiert die interne Vorherrschaft derer, die sich "am radikalsten freimachen können", und das sind allemal Männer.
Die klassische Vorstellung legt also immer eine Idee von "Radikalität" nahe, die patriarchal ist, für selbstrechtfertigende Gewalt und interne Herrschaft offen, und von der eine gerade Linie zur "Mensch-oder-Schwein"-Dialektik der RAF führt. Es geht im Gegensatz dazu nicht darum, sich mit "weniger Radikalität" zufrieden zu geben. Ganz im Gegenteil hat das klassische Emanzipationsdenken dazu geführt, weite Bereiche unangetastet zu lassen und eben nicht zu revolutionieren; es hat aus der Befreiung eine höchst oberflächliche Angelegenheit gemacht. Es geht also um einen Begriff von "radikal", der sich nicht an der maximalen Abgrenzung von allem Bestehenden bemißt, aber der auch nicht darin wetteifert, die "wirklichste Ursache" zu finden; sondern der sich an der Konsequenz bemißt, mit der alle Verhältnisse erfaßt werden, und der Offenheit, Kritik an Herrschaft zu ermöglichen, wo immer sie sich etabliert.
Ein postmoderner Emanzipationsbegriff beinhaltet, daß Befreiung etwas Prozesshaftes ist und keine Einpunkt-Revolution, und daß nie der Punkt erreicht wird, wo Emanzipation prinzipiell "nicht mehr nötig" wäre. Ferner ergibt sich daraus die Forderung, aus der linken Szene und Subkultur herauszutreten und die ideologische Selbstisolierung zu überwinden. Die nichtlinken Menschen sind nicht die "Masse" oder das "Volk", den "Unreinen" stehen nicht die pc-gerechten, reinlehrigen Linken gegenüber. Befreiung ist keine saubere Sache. Wir alle bewegen uns in unseren Widersprüchen, in den gesellschaftlichen Normräumen und stehen vor dem Spannungsverhältnis von individueller und kollektiver Befreiung. Revolutionäre Politik beginnt im Hier und Jetzt und kann auch keine Vertröstungspolitik sein nach dem Muster " Politik jetzt, Lebensfreude später".

Die Debatte seit 1992

Eine postmoderne Kritik und Erneuerung der Vorstellung von Herrschaft und Befreiung (Emanzipation) ist etwas gänzlich anderes als die ebenfalls unzutreffende Praxis, die Frage nach Herrschaft und Befreiung einfach aufzugeben. Die "neuen Diskurse ", die an die Stelle des gescheiterten Entwicklungsbegriffs getreten sind - Neue Weltordnung, Zivilgesellschaft, Globalisierung, Nachhaltigkeit und "Kultur" - tun genau das. Sie gehen geradezu mit den Fehlern und Katastrophen der heutigen Weltordnung hausieren, um einen Effekt des "allgemeinen Problemlösens" zu erzeugen, das aber die Herrschaftsverhältnisse ausspart. Die einzelnen Teile der Internationalismus-Bewegung gehen damit unterschiedlich um. Gemeinsam ist ihnen immer noch eine mehr oder weniger starke Kapitalismuskritik, deren Facettenreichtum aber heute deutlich mehr Unterschiede als Parallelen aufweist. Die Interessensgemeinschaft der sozialen Bewegung und deren Leitthemen, wie sie in den 80er Jahren existierte, hat sich aufgespalten. Während sich die einen (die Kapitalismusreformer) Globalisierung, Nachhaltigkeit oder Zivilgesellschaft zu ihren Themen erkoren haben, arbeiten sich die anderen an der neuen Weltordnung bzw. heute am Neoliberalismus ab und lehnen nach wie vor das kapitalistische System grundsätzlich ab. Im Vordergrund stehen bei allen die Marktstrukturen, bzw. die ökonomischen Zusammenhänge. Die anderen Unterdrückungsmechanismen wie Rasse und Geschlecht werden dem untergeordnet. An der Entwicklung eines Herrschaftsbegriffs, der alle Unterdrückungsstrukturen bearbeitet und sie als komplexes System sieht, hält nur ein kleiner Teil innerhalb der widerständigen Kräfte fest.

Das ist auch die Folge von Demokratisierung und Integration. innerhalb der Modernisierung von Herrschaft, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt hat, wurde durch das partielle Einbeziehen von diskriminierten Gruppen und deren Inhalten, aber auch den ökonomischen und politischen Druck ("partizipier' oder stirb") die soziale Bewegung gespalten. Ergebnis ist, daß sich die Bewegung mitmodernisiert hat, Reibungsflächen verschwunden sind und es schwerer geworden ist, in der Perspektive zwischen Machterhaltung und Abbau des Zugriffs zu unterscheiden.

Die Klammer der verschiedenen Ansätze und Bewegungssegmente ist immer noch der Antikapitalismus. Diese Klammer ist jedoch eine Leerformel. Es ist weitgehend anerkannt, daß das Kapital kein Haufen von Produktionsbesitz oder Finanzmitteln ist, sondern ein soziales Verhältnis. Es ist immer historisch und konkret, immer durch die Gesamtheit der Unterdrückungsstrukturen bestimmt, und nicht durch den einen Kunstgriff mit einem Ruck aufzuheben. Es klingt daher zwar gut, sich in der Bewegung gegenseitig mangelnden Antikapitalismus vorzuwerfen, in Wirklichkeit war aber nie zuvor unklarer, was damit eigentlich gemeint sein soll - die Verstaatlichung der großen Produktionsmittel allein kann es wohl nicht sein, was aber dann?

Eines der Felder, wo diese Unklarheit unlösbare Debatten hervorbringt, ist die Debatte um den Neoliberalismus. ist der Neoliberalismus eine exzessive Form des Kapitalismus, oder ist er die Rückkehr zur kapitalistischen Normalität nach dem Ende der Systemalternative? Die Frage läßt sich so nicht sinnvoll beantworten, weil es einen "kapitalistischen Normalfall " eben nicht gibt, und weil der Griff nach besonders brutalen Marktinstrumenten und die Instrumentalisierung der Konkurrenz von Nationen sowohl erfolgt, weil das möglich und profitabel ist, als auch, weil sich vorher relative Grenzen des Kapitalverhältnisses (umfassend gedacht) ergeben haben.

Die Neoliberalismus-Debatte verweist, ebenso wie das Dilemma des Radikalen Reformismus und bestimmte Aspekte der Chiapas-Debatte, auf die zentrale Leerstelle linker Erneuerung: nämlich die Bestimmung dessen, was eine Politik der Emanzipation ausmacht, die der Logik der Kapitalverwertung und verwertenden " Optimierung " entgegengestellt werden kann. Diese Leerstelle wird durch abstrakten Antikapitalismus nur schwach verdeckt, und um sie zu füllen, ist nicht antikapitalistischer Scheinradikalismus entscheidend, sondern die Breite und Konsequenz des emanzipativen Ansatzes. Daß nicht alles, was aus sozialen Bewegungen heraus gefordert und durchgesetzt wird, emanzipativ ist, dürfte nämlich allgemein klar sein (z.B. aus der Kritik der Gewerkschaftsbewegung oder dem Charakter sozialer Reformen in den Metropolen als Privilegienverteidigung). Es ist richtig, die Aufstandsbewegung in Chiapas als Suche nach einer emanzipativen Konzeption zu interpretieren, die den Revisionen am klassischen Politik- und Emanzpationsbegriff gerecht wird. Dies macht aber nur Sinn, wenn diese Konzeption auch formuliert wird, und sei es in Umrissen, und ihre "Übersetzung" (nicht schematische Übertragung) auf unsere Verhältnisse hier gesucht wird, was in der Regel nicht geschieht.

Dem Problem läßt sich auch nicht durch einen Streit über die Wahl des revolutionären Subjekts entkommen, wie er zwischen antinationalen Positionen und dem Bemühen um ein Wieder-Andocken an die Soziale Frage hierzulande geführt wird. Es gibt weder ein total gerechtfertigtes noch ein total verworfenes Subjekt. Das "antinationale Dilemma" läßt sich nur lösen durch eine Verschiebung der Fragestellung: Nicht "mit wem kann/will man/frau noch Politik machen?", sondern "welche emanzipative Konzeption wollen wir in alle Verhältnisse einbringen?"

Grundrisse einer Neubestimmung

Die Notwendigkeit einer Neubestimmung ist keine Aufgabe, die sich nur für den Internationalismus stellen würde. Es ist die Frage nach einer Neubestimmung dessen, was heute links, was heute Emanzipation ist. Es funktioniert nur auch keine internationalistische Politik mehr, die zu dieser 'allgemeinlinken" Frage keinen Entwurf hat - die Zeit des Drunterdurchtauchens ("Wir machen Nicaragua und G8 und warten ab") ist vorbei.

Emanzipation heißt, in allen gesellschaftlichen Bereichen die Regeln freier Kooperation einzufordern und durchzusetzen. Soziale Verhältnisse in freier Kooperation regeln, heißt

- daß den historisch überkommenen Verteilungen und Regelungen von Arbeit und Verfügungsgewalt kein höheres Recht zukommt, sondern sie von den Beteiligten jederzeit und ohne Ausnahme zur Disposition gestellt werden können;
- keine anderen "natürlichen" oder "vernünftigen" Regeln anzuerkennen als die, daß alle Beteiligten das gleiche Recht haben sollen, auf die Regeln einer Kooperation Einfluß zu nehmen, indem sie ihre eigene Mitwirkung einschränken, unter Bedingungen stellen oder not-

falls ganz aufgeben;
- soziale Verhältnisse so zu gestalten, daß alle Beteiligten diese Einflußnahme zu einem vergleichbaren und vertretbaren Preis praktizieren können.
Ein solches Konzept geht vom Konflikt als Normalfall aus und von Emanzipation als Realität und Notwendigkeit, die durch keine spezifische "Ordnung" ein für allemal überflüssig gemacht werden kann und die sich eben darüber vollzieht, die Bedingungen der Kooperation praktisch in Frage zu stellen, was durch keine noch so "gleiche und vernünftige Diskussion" aller Beteiligten jemals ersetzt werden kann. Ein solches Konzept ist leitmotivisch für alle sozialen Verhältnisse - vom Staat bis zur Beziehung, von der Institution bis zur politischen Organisation, vom NordSüd-Verhältnis bis zum Miteinander von verschiedenen Bewegungen.
Wir sind der Meinung, daß in den verschiedenen Diskussionsprozessen, in denen die Revision des klassischen Emanzipationskonzepts betrieben worden ist, auch die wesentlichen Ziele einer derzeitigen Orientierung inzwischen beschrieben worden sind und daß es dabei ein gewisses Maß an Übereinstimmung bereits gibt, wenn auch in z.T. ganz unterschiedlichen Begriffen und Formulierungen. Wir sehen das Folgende daher nicht als vorzuschlagendes "schlaues Konzept", sondern als Sichtbarmachen dessen, was sich jenseits des alten Konzeptes bereits herausgeschält hat.
"Abwicklung von Herrschaftsinstrumenten"
Die zukünftige Orientierung kann sich nicht darauf richten, mit den vorhandenen Strukturen und Herrschaftsinstrumenten "was Gutes zu machen ", sondern muß sich auf den Abbau der Instrumente richten, mit denen der herrschaftsförmige Zugriff auf Natur und Arbeit organisiert wird. Dieser Abbau muß z.T. schrittweise, aber mit klarem Ziel des Verschwindens erfolgen, was mit "Abwicklung" gemeint ist. In der Diskussion um Nachhaltigkeit haben wir diesen Prozeß "Abwicklung des Nordens" genannt, was aber beinhaltet, "Norden" nicht nur im Sinne von Nord-Süd-Verhältnis zu sehen, sondern als ein Herrschaftsmodell, das sich in allen Teilverhältnissen weltweit findet. Diese Abwicklung beinhaltet: - Die prinzipielle Ablehnung von gewaltförmiger Intervention. Das gilt für Interventionen gegenüber DritteWelt-Staaten, bedeutet aber z.B. auch, eine "deeskalierende " statt nur verrechtlichende Migrationspolitik zu fordern und durchzusetzen, die eben auch dekriminalisiert und die vielfältigen Formen gewaltförmiger Intervention abbaut, usw.
- Der extern orientierte, "globale Sektor" soll nicht ausgebaut, sondern im Verhältnis zu den Binnenprozessen zurückgeführt und seine Dominanz gebrochen werden. Das gilt für ökonomische Makropolitik ebenso, wie für jedes "alternative Projekt" und für jede soziale Kooperation.
- Eine Deprivilegierung der formalen Arbeit soll durchgesetzt werden. Qualifizierte Lohnarbeit, die weder prekär, noch entrechtlicht oder illegalisiert, noch biographisch zerstückelt oder in ein hohes Maß "informeller" Arbeit eingebettet ist, ist Sache einer soziologischen Minderheit, deren Privilegien weit über die unmittelbare Bezahlung hinausgehen. Hier herrscht eine moderne Diskriminierungsform, mit der es zu brechen gilt, weil über sie massiv Zwang ausgeübt wird. - Eine Aneignung von Räumen und Zusam_menhängen von unten" soll vorangetrieben werden. Diese Räume und Zusammenhänge werden aktuell nach Maßgabe .'positiver Teilnahme am Verwertungsprozeß" vergeben, was nicht einfach Ausfluß kapitalistischer Logik ist, sondern ein zentrales Instrument zu ihrer Durchsetzung. - Formen direkter Überlebenssicherung ist der Vorzug zu geben vor den Formen "verumständlichter Reproduktion", mit denen massive Abhängigkeiten geschaffen werden (und es sollen solche Formen auch selbst aufgebaut werden). Dabei geht es nicht nur um die Produktion des unmittelbar materiell Lebensnotwendigen und seine Gefährdung durch Markt und Technologie, sondern z.B. auch um alle Qualitäten von Gesellschaftlichkeit, die nach herrschender Konzeption nur am Ende eines totalen Umwälzungs- und Verwertungsprozesses entfaltet werden können, bzw. nur nach dem Maßstab der Teilnahme an diesem Prozeß "spendiert" werden.

b) "Politik der Beziehungen"
Die Idee der Abwicklung hat ihre Defizite darin, daß sie strategische Ziele als überwiegend negative beschreibt ("weniger von..."), bzw. als abstrakte Kriterien. Für eine Vergesellschaftung von unten reicht das aber nicht aus, sie ist ein kreativer Prozeß, in dem für die verschiedenen Fragen und Widersprüche jeweils Lösungen gefunden werden müssen. Das mögen auch technische und ökonomische sein, es sind vor allem aber auch soziale. Wesentliche Elemente einer solchen Zielbestimmung, die z.B. für die Praxis eigener Organisationen

und Kooperationen gelten sollen, aber auch allgemein für soziale Verhältnisse leitmotivisch sein sollen, sind vielfach unter dem Begriff einer "Politik der Beziehungen" diskutiert worden. Dazu gehört:

- Verhältnisse nach dem Prinzip des Verhandelns zu organisieren. Dies grenzt sich gegen das Prinzip ab, aufgrund erkannter "richtiger" Strukturen (seien sie effizienzorientiert oder besonders "demokratisch") durchzuziehen, anstatt sich auf den schwierigeren Prozeß des Aushandelns der Bedingungen der Kooperation einzulassen - insbesondere über unterschiedliche Emanzipations- und Unterdrückungsgeschichten hinweg. - Eine Praxis der Anerkennung zu entwickeln. Das heißt, Differenzen anzuerkennen, aber dabei nicht stehenzubleiben, sondern die Infragestellung durch die Verschiedenheit ebenso wie die Möglichkeit der verunsichernden Ähnlichkeit auszuhalten - zwischen der Teilhabe an verschiedenen Unterdrückungserfahrungen ebenso, wie zwischen " sozial älteren " und " sozial jüngeren " Beteiligten. - Ein Prinzip der Ermöglichung zu praktizieren. Es muß möglich sein, die Ressourcen einer Gruppe, d.h. auch die Unterstützung der anderen, auch für Projekte zum Tragen zu bringen, die nicht komplett vereinheitlicht, abgesichert, von allen geteilt und für gut befunden sind. Sonst bewegt sich nichts mehr und sonst würde für die Beteiligten das wesentliche Potential einer Kooperation zugunsten des "Mikado-Prinzips" (wer sich bewegt, hat verloren) abgeschnitten.
- Die Kooperation nach dem Grundsatz der Disloyalität zum Bestehenden zu behandeln. Das bedeutet, ihr Scheitern nicht auszuschließen und ihren Bestand nicht zur obersten Richtschnur zu machen; sich der überkommenen "Zivilisation" gegenüber, ob es eine gesellschaftliche oder eine "Gruppenzivilisation", nicht zwangsloyal zu verhalten, sondern lieber aus Prinzip disloyal. Daß "es sonst nicht funktioniert', ist eben kein Argument.

Politik der "praktischen Demokratiekritik"

Zum heutigen Erkenntnisrepertoire von Herrschaftskritik gehört (auch wenn es immer wieder verdrängt wird), daß Wählen zwar besser ist als Entscheidungsfindung qua Hierarchie, an sich aber noch keineswegs Emanzipation verbürgt. Was aber folgt aus unserer theoretischen Kritik an der historischen Demokratie und an heutigen (herrschaftsförmigen) Demokratisierungsprozessen? Diese Kritik basiert darauf,

- daß bei der Demokratsierung von Entscheidungsprozessen ein Abbau von Herrschaft kein Kriterium ist, sondern ganz im Gegenteil die "Eingriffstiefe" der Entscheidungen wächst und der herrschende Zugriff auf jeden Ort der Gesellschaft eher zu- als abnimmt; - daß "nachholende Demokratisierung" die Anpassung an bisher etablierte Normen (männliche, weiße, bürgerliche, nördliche ...) nicht aufhebt, sondern sogar verstärken kann;
- daß Minderheiten zwar nicht allein entscheiden sollen, Mehrheiten aber auch nicht per se emanzipative Politik machen und ein System "multipler Mehrheiten" sehr wohl mit der Vormachtstellung einer herrschenden Klasse und mit einer Verstärkung sämtlicher Unterdrückungsverhältnisse kompatibel ist.

Wir können zumindest feststellen, daß hier andere theoretische und praktische Leitbilder für eine Politik der Emanzipation zählen müssen, auch wenn der Teufel im Detail steckt:

- Selbstbestimmung und Dezentralisierung. Entscheidungsprozesse sollen soweit wie möglich zurückverlagert werden, von "oben" nach "unten". Der Dreh- und Angelpunkt ist dabei, nicht die Knochen zu verteilen und die Filetstücke zu behalten, wie das eine herrschaftsförmige Regionalisierung und Partizipationspolitik tut, bei der die Gesamtheit der Entwicklungen und Austauschverhältnisse nicht zur Disposition steht, aber innerhalb dieses Rahmens "gestaltet" werden darf.
- Begrenzung der Eingriffstiefe des demokratischen Prozesses; Schutzmechanismen gegen Majorsierung und Auslieferung an "übergeordnete Entscheidungen". Es geht dabei tatsächlich auch um Veto- und " Nimby" - Rechte ("not in my backyard": wenn keiner die Folgen einer Entscheidung bezahlen will, dann ist das eben auch eine Form, wie diese Entscheidung legitim scheitert). Die Vorstellung, die zentrale Ebene sei die, von der gesellschaftliche Demokratisierung vorangetrieben werde und die dafür Kompetenzen zur Intervention brauche, gehört zum Inventar einer "modernistischen" Emanzipationsvorstellung, das heute gefährlich und abzulehnen ist.
- Affirmative Action. Anti-Diskriminierungspolitik, die mehr ist als formale Gleichstellung, ist mit Sicherheit ein zentrales Element emanzipativer Prozesse, aber nur, wenn sie

von der Kritik der bisher herrschenden Norm ausgeht und nicht in ihrem Sinne Gleichstellung und "Förderung" betreibt.

- Auch Political Correctness ist in diesem Sinne ein zentrales Element. Aber eben nicht verstanden als Dogmatik dessen, "was nicht gesagt werden darf", sondern als Verpflichtung zur Einbeziehung dessen, was bisher nicht gesagt werden konnte, sozusagen eine Affirmative Action auf dem Gebiet der Inhalte und der Öffentlichkeit.

- Die Forderung nach einer unabhängigen Existenzsicherung wird die Idee einer Absicherung durch Arbeitspolitik, "Vollbeschäftigung " usw. ablösen müssen, wobei der Akzent auf " unabhängig " und auf " qualitativ ausreichend " liegt. Die Produktivität der Gesellschaft ist eine kollektive und umfassende; daß Existenzsicherung nach Kriterien der Formalarbeit oder der "besonderen Bedürftigkeit" von oben vergeben wird, ist nichts als ein willkürliches Instrument des Zwangs und der Unterwerfung.

d) Organisierung

Die Frage, wieweit Emanzipation Organisierung braucht und welche das sein soll, ist umstritten - aber zurecht umstritten, weil die Frage notwendig und eben nicht geklärt ist. Als halbwegs gesichert sollte unseren Erachtens gelten:

- Für eine zukünftige emanzipative Bewegung wird es keine organisatorische Vereinheitlichung in einer großen Organisation geben. Das ist weder sinnvoll, noch möglich, noch wünschenswert; das war es auch in der Vergangenheit nicht. "Organisierung" im Sinne inhaltlicher Annäherung und des annähernden Austauschs strategischer Ziele kann und sollte jedoch sehr wohl ein übergreifender Prozeß sein, der an sektoralen Grenzen nicht halt macht. Multiple Zugehörigkeit und divergierende Herrschaftsanalysen sind das eine, die gemeinsame Erarbeitung von Grundrissen einer zukünftigen emanzipativen Politik ist das andere.

- Für letzteres gibt es heute einen massiven Bedarf. Deshalb wächst die Bedeutung von "gemischten" und "teilbereichsübergreifenden" Formen der Zusammenarbeit und Organisation, in denen eine solche Neubestimmung entwickelt, praktiziert, durchgesetzt, ein Stück weit gelebt wird. Auch sonst gibt es Bereiche theoretischen und praktischen Handelns, die ohne "Organisation" im engeren Sinne schlecht funktionieren: die Schaffung selbstverwalteter Räume, "organisierte" Formen von Widerstand und Protest, das Ausloten theoretischer und praktischer Gemeinsamkeiten für eine emanzipative Bewegung usw. Auch Organisation in diesem Sinne ist ein Stück Lebensqualität (und wird gesellschaftlich ständig untergraben).

- Politische Organisationen sind kein privilegierter Ort für Emanzipationsprozesse und deren Durchsetzung. Emanzipation und ihre Durchsetzung findet überall in der Gesellschaft statt, in jeder sozialen Kooperation, im Alltag ebenso wie in der institutionellen Politik. Die Individuen handeln dabei tatsächlich nicht allein, ihre "Organisierung" muß aber keineswegs unbedingt die der klassischen Organisationen sein - z.B. handelt eine Frau, die patriarchale Regeln praktisch in Frage stellt, "organisiert" in dem Sinne, wenn sie ihr Handeln in Verbindung mit der Theorie und Praxis anderer Frauen stellt (sei es die Frauenbewegung oder ihre Freundinnen) und sich in einen Prozess der Auseinandersetzung begibt, wofür sie aber nicht notwendig eine politische Organisation braucht. Ganz im Gegenteil haben sich "allgemeine" politische Organisation für solche Fälle oft als hinderlich, kontraproduktiv, herrschaftsförmig erwiesen.

- Gerade das Wichtigste an Organisierung, nämlich das gemeinsame Erarbeiten von Grundrissen einer zukünftigen emanzipativen Politik, hat Oberhaupt keinen Raum in den "Dachorganisationen", die heute unter dem Druck der Mittelvergabe an NG0s so gerne vorangetrieben werden. Aber auch auf "bewegungsnäherer Seite" ist heute das Problem weniger, was bestimmte Kampagnen und Aktionsformen bringen oder nicht bringen. Das Problem ist, wie es möglich ist, innerhalb einer unübersichtlicher gewordenen Politlandschaft einen attraktiven, ausstrahlungsfähigen, bündnisfähigen und handlungsfähigen "Ort des Widerspruchs" am Leben zu halten und auszubauen, zu Gehör zu bringen und in andere Sparten hineinwirken zu lassen. Für dieses Problem reichen "bloße Dächer" und rein pragmatische Bündnisse nicht aus. Die Zeit der "Dächer" ist daher weitgehend vorbei und die Bedeutung einer punktuellen, pragmatischen Bündnispolitik stark relativiert.

Schluß

Der Regierungswechsel hat die Situation für die Linke verändert. Wir werden nun noch genauer sagen müssen, was wir denn anders haben wollen. Dafür ist eine Debatte um die Neubestimmung emanzipativer Theorie und Praxis wichtig, an der wir uns seit mehr als drei Jahren, vor allem durch die alaska, beteiligen. Wir sehen mit Interesse, daß auch andere Gruppen, Zeitschriften und Einzelpersonen mit dieser Debatte begonnen haben und sie weiterfahren (und nennen

hier natürlich keine Namen). Mit diesem Text haben wir unseren Zwischenstand in der Debatte zusammengefasst und stellen ihn hiermit zur Diskussion. Linke Debatte ist auf den Austausch angewiesen: Wir freuen uns über Rückmeldungen, die Diskussion ist wieder einmal eröffnet.

Jetzt neu:

Leben und sterbe lassen -
Nennen wir es Krieg

Alaska Nr. 225 zum Krieg
gegen Jugoslawien
mit Beiträgen von:
Noam Chomsky
Stefan Gose (ami)
Redaktionsgruppe
'Materialien für einen neuen
Antiimperialismus'
Ceiberweiber
Jimi Hendrix

52 S., Einzelheft 8 DM, 3 Ex 20 DM incl. Porto. Nur gegen Vorkasse bei alaska, Bernhardstr. 12, 28203 Bremen.



Vermummte schossen mit Leuchtraketen

Täter konnten entkommen

Drei vermummte Jugendliche haben am Montag mittag versucht, mit Leuchtraketen die Eröffnungsfeierlichkeiten des Reichstags zu stören. Sie feuerten nach Angaben der Polizei um 12.35 Uhr vom Dach eines Hauses an der Reinhardstraße 47 neben dem Rohbau der Bundespressekonferenz drei grüne Leuchtraketen in Richtung Reichstag ab. Verletzt wurde niemand. Anschließend entrollten die Vermummten, die laut Polizei der linken Szene zuzuordnen sind, ein Transparent. Darauf stand nach Auskunft eines Polizeisprechers mit rot und schwarz umrandeter Farbe „Deutschland denken heißt Auschwitz denken".

Die Täter konnten noch vor dem Eintreffen von Polizisten unerkannt entkommen. Das Transparent, das sie auf dem Hausdach befestigt hatten, wurde von Polizeibeamten sichergestellt. *(lo.)* 20.4.99

Kölngipfel stürmen

Bündnisse versagen - jetzt sind Aktionen aus Basiszusammenhängen gefragt!
Merkwürdige Diskussionen prägen die Bündnisse, die seit Monaten Gegenaktivitäten zum EU- und Weltwirtschaftsgipfel diskutieren und vorbereiten. Sowohl das linksradikale Bündnis (LIRA) als auch das von verschiedenen Organisationen getragene Bündnis "Köln 99" planen Demonstrationen und Gegenkongresse. Die konkreten Konzepte müssen stark in Frage gestellt werden: Ist es sinnvoll, wenn im Rahmen von EU- und Weltwirtschaftsgipfel die Mächtigen der Welt selbige unter sich aufteilen, genau zur gleichen Zeit irgendwo in irgendwelchen Hallen theoretische Gegen- oder Reformkonzepte zu diskutieren? Wäre dafür nicht das ganze Jahr Zeit, während dann, wenn die Gipfel laufen, offene und symbolische Aktion angesagt ist?
Zu diesen Zweifeln am Aktionskonzept kommen inhaltliche und organisatorische Gräben. Das linksradikale Bündnis ist durch ständige Ausgrenzungsprozesse inzwischen so stark geschrumpft, daß es kaum noch handlungsfähig ist. Im größeren Bündnis "Köln 99' gibt es nicht nur peinliche Anbiederungen an die Staatsmacht, um Repression zu entgehen und Zuschüsse bzw. Tagungsorte genau von denen zu erhalten, die ansonsten EU- und Weltwirtschaftsgipfel unterstützen (z.B. Stadt Köln, Grüne und SPD), sondern auch direkte Distanzierung von radikaleren Gruppen. "Köln 99", das große Bündnis von BUND bis Jusos, versucht, sich als regierungsfähig und harmlos zu präsentieren. Forderungen wie „Bleiberecht für alle" wurden auf Druck der großen Verbände gestrichen, wobei die Drohung des Geldentzugs als Durchsetzungsmittel diente.
Etliche unabhängige Gruppen beteiligen sich zur Zeit nicht an den Vorbereitungsarbeiten im Rahmen dieser Bündnisse. Darin liegt die letzte Chance für einen Widerstand gegen die Gipfel.- In gut vorbereiteten, von Basiszusammenhängen eigenständig entwickelten Aktionsformen, die unabhängig von den Kölner Bündnissen in Köln realisiert werden. Gute Gelegenheiten bieten dazu zum einen die Tage der Gipfel selbst, der weltweite Aktionstag am 18.6. (wo Aktionen zur Rückeroberung des öffentlichen Raumes oder gegen Symboliken des Neoliberalismusses wie Banken und Institutionen passend sind) sowie die Demonstrationen der beschriebenen Bündnisse.

Die konkreten Aktionsmöglichkeiten

Wichtig ist die Auftaktdemonstration am 29.5. Sie wird vom staatsnahen Bündnis "Köln 99" organisiert, das sich sehr deutlich von direkten und wirkungsvollen Aktionsformen distanziert hat. Diese Demo bietet aber eine Plattform genau dafür. Und wenn sich am nächsten Tag die schwerfälligen, obrigkeitshörigen Organisationen der Marke BUND, WEED usw. von ihrer eigenen Demo

distanzieren müssen, hat es offenbar nicht nur eine druckvolle Aktion gegeben, sondern auch einen Beitrag zur internen Debatte, in politischen Bewegungen. Denn: Sie dürfen nicht durchkommen - weder Clinton, Schröder, Pierer & Co. noch diejenigen, die ihr Selbstverständnis an der Anerkennung durch Staat und bürgerliche Medien definieren! Macht die Demo am 29.5. daher zu einem unvergeßlichen Ereignis!

Das linksradikale Biindnis plant zur Zeit (noch?) eine Demonstration am 3.6. Leider beteiligen sich bislang nur wenige. Wichtig ist sie deshalb, weil sie während des EU-Gipfels stattfindet. Start ist um 13 Uhr am Offenbachplatz.
Der nächste Tag, der sich besonders anbietet, ist der 18.6. Hier soll ein weltweiter Aktionstag stattfindet, bei dem mit Blockaden, Besetzungen, Aktionen usw. die Rückeroberung des öffentlichen Raumes symbolisiert werden soll. Aktionen sind in Köln und in vielen anderen Städten geplant. Dezentrale, entschlossene Aktionen überall!
Am Tag danach, dem 19.6., soll es vormittags dezentrale Aktionen in der Kölner Innenstadt geben (und eine peacige Menschenkette der Erlaßjahrkampagne, gähn!). Dazu ruft das linksradikale Bündnis auf. Ab 13 Uhr (Start am Neumarkt) schließt sich eine Demo an.

Gruppe Landfriedensbruch
Basisgruppe Köln

Es bedarf vermehrt internationaler Aktivitäten und das Infragestellen derzeitiger Herrschafts- und Machtverhältnisse, sowie des "Drinnen" und "Draußen" und die Hierarchisierung durch Rassismus.

Inter-Continental Caravan stoppt in Berlin

Im Mai und Juni '99 kommen 500 Bauern /Bäuerinnen aus Indien und Menschen aus lateinamerikanischen Bewegungen, wie z.B. „Sem Terra" (brasilianische Landlosenbewegung) nach Westeuropa. Sie haben eine klare konfrontative Haltung gegenüber multinationalen Konzernen, multilateralen Handelsabkommen und vielen Organisationen, die im Namen der „Armen aus der Dritten Welt" sprechen. In Indien und anderen Ländern des Trikont können sich Kleinbauern/ Kleinbäuerinnen nur schwer gegen Importe aus westeuropäischen und nordamerikanischen Ländern wehren.

Deshalb möchten die Menschen aus Indien mit Menschen in Europa in einen direkten Dialog treten. Einerseits wollen sie eine breite Öffentlichkeit finden für ihre Sichtweisen von den Auswirkungen der Globalisierung auf ihre Lebenslagen, des "Freien" Welthandels und der WTO-Abkommen. Anderseits wollen sie Kontakte zu lokalen Bauern/ Bäuerinnen und politischen Basisgruppen aufbauen, um sich gemeinsam für eine Welt einzusetzen, in der Menschen unmittelbare Kontrolle über ihre regionale Ökonomie erlangen und Massenkonsum durch Lebensqualität abgelöst wird.
In Indien kämpfen die Bauer/ Bäuerinnen direkt gegen die Firma Monsanto, die Feldversuche mit genetisch manipulierten Saatgut durchgeführt hat. Damit greift Monsanto direkt in die Nahrungsmittelversorgung mit eigenem Saatgut ein. Durch nicht vermehrbare Gen-Samen werden die Bauern/ Bäuerinnen gezwungen, diese Gen-Samen zu kaufen und sich weiter zu verschulden.
Gleichzeitig wenden sich die Bauern/ Bäuerinnen gegen die patriarchalen Strukturen der indischen Gesellschaft und streben die Abschaffung des Kastensystems an.

Die Karawane wird durch die Niederlanden, Belgien, Frankreich, Schweiz, Italien, Deutschland, Polen etc. reisen. Sie wird bei Gegenaktionen zum EU- Gipfel (29.Mai 1999) und Weltwirtschaftsgipfel (19.Juni 1999) in Köln teilnehmen, mit Atomkraftgegner/innen und Erwerbsloseninitiativen zusammentreffen.

50 Inder/innen der Karawane werden vom 30. Mai bis zum 2. Juni 1999 in Berlin stoppen.

Laßt uns auf einen Mix aus Theorie, Politik und Kunst zurückgreifen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, für sich selbst zu reden.

Zeitplaner

Sonntag, 30.Mai 1999
Ab 17.oo h Freilicht-Vokü auf dem Boxhagenerplatz (oder Humanplatz) mit Straßenkünstler/innen und vielen Gruppen aus Berlin. Wir wollen die Teilnehmer/innen der Karawane in einem Kiez begrüßen, der mit die höchsten Erwerbslosenzahlen von Berlin schreibt, wo viele Bevölkerungsgruppen von den zunehmenden privaten Modernisierungsmaßnahmen und der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen betroffen sind.

Montag, 31.Mai 1999
Ab 15.oo h gibt es ein "Sommerfest" im Mehringhof (Gneisenaustr 2a, Kreuzberg). Dort wird es Möglichkeiten geben für Gesprächsrunden für den Austausch der Inder/innen und Berliner Basisgruppen (u.a. mit der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen). Und zum "Sommerfest" gehören auch Infostände, Musik, Essen, Abseiltraining (mit Robin Wood) und Kunst, zudem immer noch Aktivist/innen gesucht werden.
Zwischenzeitlich wird es einen Vortrag von einigen Inder/innen an der Humboldt-Universität (HU)/ Gärtnerische Fakultät geben und am Abend Festivitäten im „EX".

Dienstag, 1.Juni 1999
11.oo h bis 16.oo h fahren die Inder/innen zum Biohof "Apfeltraum" (Landkreis Bernau) und zur Landkomune „Ökolea", um sich über Widerstand gegen Gentechnik, ökologischen Landbau, dessen Schwierigkeiten und den Kampf gegen Agro auszutauschen.
Ab 17.oo h reden die Inder/innen zusammen mit Menschen aus Afrika und Lateinamerika, in einem größeren Rahmen, bei den Internationalismustagen der Technischen Universität (TU) über Globalisierung und ihre Sichtweisen darauf. Danach gibt es Party für alle.

Mißerfolg, Enttäuschung, Kritik

Der NPD-Aufmarsch am 17.4. in Magdeburg und die Gegenaktionen

Der Nazi-Aufmarsch ...

Am 17.April 1999 führte die NPD in Magdeburg zum zweiten Mal innerhalb von sieben Wochen einen Aufmarsch durch.
Anmelder war in beiden Fällen der NPD-Landesvorsitzende Steffen Hupka. An der Vorbereitung der Aufmärsche waren neben Hupka vor allem die sachsen-anhaltischen Nazi-Kader Heiko Krause (Tangerhütte/Altmark, Stellvertretender NPD-Landesvorsitzender), Mirko Appelt (Klötze, Stellvertretender JN-Landesvorsitzender) und Marc Biere beteiligt. Als Ordner und Veranstaltungsschutz fungierte wiederum der "Selbstschutz Sachsen-Anhalt", eine aus der Altmärker Kameradschaftsszene zusammengesetzte Gruppierung, die mittlerweile bei verschiedenen Aufmärschen (erstmalig in Berlin-Tegel) diese Aufgabe wahrnahm.

Motto des Aufmarsches am 17.April war - nach mehrfacher Änderung - "USA und NATO raus aus Europa! Kampf der imperialistischen "One World"Ideologie!". Ca. 800 Nazis reisten aus verschiedenen Regionen Sachsen-Anhalts, aus Mecklenbürg (Fahrzeuge aus Rostock und Ludwigslust), aus Norddeutschland (Hannover, Hamburg), Brandenburg und Sachsen an.
Anders als im Februar durfte die NPD diesmal allerdings durch die Magdeburger Innenstadt marschieren, da alle Verbotsbemühungen der Polizei letztendlich vor dem Oberverwaltungsgericht scheiterten. Die Stimmung unter den TeilnehmerInnen des NPD-Aufmarsches war daher auch von einer hähmisch-trotzigen Freude geprägt.

Zu den Rednern zählten neben Steffen Hupka auch der alte Nazi-Terrorist Peter Naumann und der Hamburger Thomas "Steiner" Wulff. Naumann, als "Bombenhirn" der Nazi-Szene

bekannt, trat in letzter Zeit wieder häufiger als Redner bei NPD-Aufmärschen auf.

... und die Protestaktionen

Das im Februar auf Initiative des Arbeitskreis Antifaschismus Magdeburg gegründete "Bündnis gegen Rechts" organisierte auch für den 17.April verschiedene Protestaktionen. Zentrale Veranstaltungen waren eine Demonstration, an der etwa 700 Menschen teilnahmen, und ein antirassistisches Straßenfest. Im Antifa-Block liefen etwa 350 Leute mit - ein peinliches Ergebnis, nachdem im Februar noch 900 AntifaschistInnen mit einer eigenständigen linksradikalen Demo gegen den NPD-Aufmarsch protestiert hatten. Was allerdings am 27.2. wenigstens noch punktuell gelang, nämlich Nazis bzw. ihre Autos anzugreifen, war am 17.4. wegen der schwachen Beteiligung komplett unmöglich. Stattdessen zankte man/frau sich stundenlang darüber, ob der kleine autonome Demo-Teil auf einer Innenstadtkreuzung weitergehen, stehenbleiben oder durchbrechen sollte. Antifa, ha, ha, ha.
Dem Konzept, sich unabhängig von der Demo (und damit ohne direkte Polzei-Aufsicht) in der Innenstadt zu verteilen, folgte fast niemand. An Ortsunkundigkeit kann es auch nicht gelegen haben - Stadtpläne mit genauen Angaben, wo welche Aktion stattfindet, sind an den Infopunkten verteilt worden.

Die Gründe für den Mißerfolg am.17.4. liegen unter anderem in der Arbeitsbelastung der AntifaschistInnen vor Ort durch zwei Aufmärsche in kurzer Folge und gewiß auch in der überstürzten Versendung eines nicht abgestimmten miserablen Konzept-Papiers. Doch diese von uns selbst zu verantwortenden Schwächen in der Vorbereitung können unserer Ansicht nach nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Umgang der Antifa-Szene mit Naziaufmärschen im Osten eine schleichende Normalisierung eingesetzt hat. Gerade aus nicht weit entfernten Städten Niedersachsens -Braunschweig, Hannover, Göttingen- ist niemand nach Magdeburg gekommen. Zugespitzt gesagt: Mit ein paar angereisten Ost-Punks kann man/frau keine großen antifaschistischen Proteste durchfuhren.
In so einer Situation nützt auch Recherche-Arbeit und ein MelderInnen-System nichts, wenn sich keiner findet, der die gelieferten Informationen nutzt. So ist beispielsweise ein Angriff auf die in Schönebeck (bei Magdeburg) geparkten und von der Polizei kaum geschützten Fahrzeuge von etwa 40 Nazis - unter ihnen Hupka und andere Kader - genau deshalb nicht möglich gewesen.

Bedauerlich ist dieser Mißerfolg vor allem auch, weil breiter und militanter antifaschistischer Protest neben- und miteinander kurz vor dem 1.Mai in Bremen ein deutliches Signal gewesen wären - an die Adresse der Nazis, in der Öffentlichkeit und natürlich auch für die Antifa-Szene.
Am 17.4. hat die Antifa den Nazis ohne Not die Straße in Magdeburg überlassen. Der Vorwurf einiger Leute an den Arbeitskreis Antifaschismus Magdeburg, er hätte zugunsten des Bündnisses die Demo "gespalten", ist daher nur lächerlich. Wie und wohin wollte man/frau denn mit einigen dutzend Leuten "durchbrechen"? Abgesehen davon blieben die organisierten Antifas aus Magdeburg während der gesamten Streiterei vor Ort und hielten die DGB-Ordner vom Durchdrehen und das Bündnis von der Entsolidarisierung ab. Beides hätte nämlich einen Bullen-Einsatz (u.a. durch Münchner USK) zur Folge gehabt, der trotz üblicher autonomer Selbstüberschätzung nicht mit der Niederlage des Polizeistaates geendet hätte.

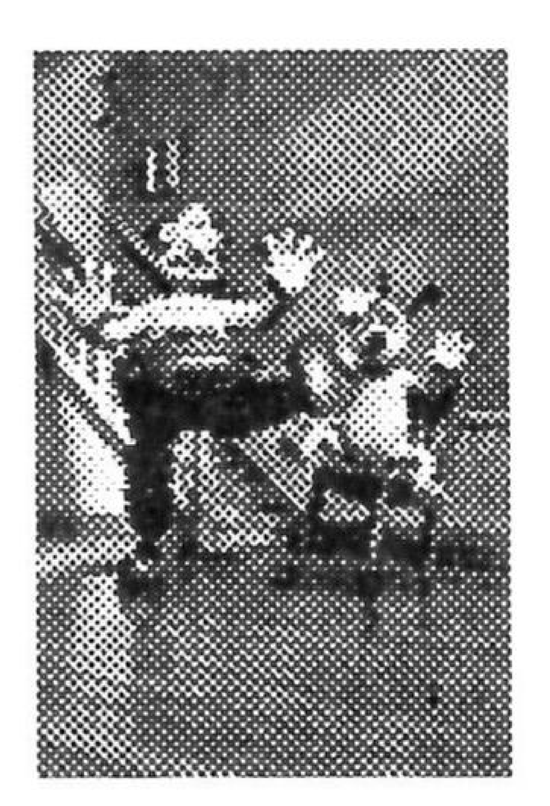
Konzept-Diskussion

Das Konzept der Magdeburger AntifaschistInnen sah für den 17.April eine Doppel-Strategie vor. Zum einen sollten sich in der Innenstadt auf und an der Route der Nazis viele kleine Gruppen von Antifas aufhalten, die Nazis angreifen, lautstark protestieren bzw. den Aufmarsch stören. Für den nicht geringen Teil von AntifaschistInnen, die Auseinandersetzungen aus den unterschiedlichsten Gründen meiden wollen, und die dennoch die Präsenz konsequenter linksradikaler Positionen auf Bündnis-Aktionen wichtig finden, sollte die gemeinsame Demonstration und das anschließende antirassistische Fest Anlaufpunkt sein.

Für diese Strategie hatten wir uns entschieden, da uns die einfache Übernahme anderer Konzepte (wie des sogenannten "dezentralen Konzepts") für die spezifische Situation vor Ort und allgemein nicht sinnvoll erscheint. Genauer: Die Magdeburger Innenstadt ist nicht Stötteritz, sondern besteht aus wenigen, sehr breiten und polizeilich leicht kontrollierbaren Straßen. Und der 17.4. ist kein so wichtiges Datum wie der 1.Mai, weshalb eben nicht mit mehreren tausend Antifas gerechnet werden kann. Wir haben versucht, unser Konzept der Situation in Magdeburg anzupassen und gleichzeitig aus den negativen Erfahrungen mit Aufmärschen in

(Ost-) Städten wie Chemnitz, Dresden etc. Lehren zu ziehen. Statt nur auf die (meist nicht mögliche) militante Verhinderung von Nazi-Aufmärschen zu setzen, halten wir die Nutzung anderer Formen politischer Intervention weiterhin für wichtig.

Die Art und Weise, wie die Diskussion über die geeignete Strategie zuweilen geführt wird, finden wie allerdings bedenklich.
In nicht einer Stadt im Osten ist bislang eine allgemeingültige Antwort auf die Frage gefunden worden, wie der Aufschwung der Nazis wirkungsvoll und dauerhaft gestoppt werden kann. Überheblichkeit ist daher ebenso unangebracht wie der abgestandene Reformismus-Vorwurf. Die Mechanismen dieser Auseinandersetzung sind im Westen schon in der Diskussion über das "Metropolen-Provinz"-Verhältnis deutlich geworden und scheinen sich seitdem kaum verändert zu haben.



AntifaschistInnen aus Magdeburg
Kontakt zu Gruppen in Magdeburg:

Arbeitskreis Antifaschismus
c/o BlaueWeltArchiv
Uhland-Straße 8 39108 Magdeburg

Fax: 0.391/ 73 48 642
Net:
wwwcrosswinds.net/magdeburg/-akamd

Der Arbeitskreis Antifaschismus bietet ca. 30-45minütige Vorträge zur NPD in Sachsen-Anhalt und zu den letzten Aufmärschen bzw. zur Entwicklung des Rechtsradikalismus im Osten an. Fahrkostenerstattung und Overheadprojektor für die Veranstaltung erwünscht.

(Über die Postadresse sind auch die Antifa-Jugendgruppen FAJ und AOM erreichbar)

Pressemitteilung

Brandanschlag in Timmenrode am 30.04.99

In der Nacht vom 30.04. zum 01.05.99 wurde auf das vom Vorsitzenden des NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt, Steffen Hupka, bewohnte Haus Blankenburger Strasse 55 in Timmenrode ein Brandanschlag verübt. Wir distanzieren uns von dieser Aktion, da in dem gleichen Haus Familien wohnen, die mit dem Faschisten Steffen Hupka nichts zu tun haben. Militante Aktionen dürfen nicht unbeteiligte Personen gefährden. Gleichermaßen hat dieser Anschlag unsere gemeinsame politische Öffentlichkeitsarbeit nüt der BI "Bündnis gegen Rechts" gegen ein neues Nazizentrum in Timmenrode zurückgeworfen. Dieses kann gleichfalls als Motiv für einen Selbstanschlag der Faschisten gelten, um damit unsere Arbeit in der Öffentlichkeit zu diffamieren und eine Spaltung unseres Bündnisses gegen Rechts herbeizuführen.

Mit bunten Grüßen

antifa ha/qu
PF 01 142
06493 Ballenstedt

Antifa heißt wegschauen?

Am 8. Mai, Tag des Sieges gegen Nazideutschland, stehen, inmitten der Hauptstadt des erneut kriegsführenden Staates 20 Faschisten. Sie stehen unter dem Brandenburger Tor. Ex RAFler Horst Mahler zusammen mit ekelerregenden Boneheads.
Auf der zeitgleichen Demo gegen den Natoangriffskrieg wird dies durchgegeben. Eine Gruppe von 10 Menschen setzt sich ab, begibt sich im normalen Tempo zum Brandenburger Tor.
Die Faschisten stehen ungeschützt. Wer nicht da ist, sind mehr AntifaschistInnen, die sie vertreiben.
Als schließlich viel zu spät etwa 100 von uns da sind hat die Polizei die Faschisten längst umringt und beschützt sie. Es gibt keine Koordination und keine Initiativen von uns aus. Die Nazis werden so gut wie gar nicht angegangen, nicht mal angepöbelt. Die Faschisten laufen lächelnd an Antifas vorbei, nichts passiert. Soweit die Schilderung eines Freundes, der wie ich nicht aus Berlin kommt und zu den 10 Menschen gehörte, die ankamen, als es für eine Gruppe entschlossener und halbwegs militanter AntifaschistInnen ein leichtes gewesen wäre, die Nazis zu vertreiben.
Mein Freund ist nicht der militanteste, aber selbst wenn er und die Gruppe es gewesen wäre, wo waren die anderen, wo waren die BerlinerInnen. War die Kundgebung vorher völlig unbekannt?
O.K. es kann ja niemand verlangen, daß die ganze Demo mind. 10000 zu den Nazis geht, aber warum so zögerlich so wenige?
Ich will mich nicht groß aufspielen, aber daß da bei uns wohl irgendwie was nicht ganz stimmt ist doch wohl offensichtlich, oder ???????

Pupsvogel

WISCH UND WEG!

Oder: Wer entstaubt den Mehringhof?



Die Ablehnung des Neonazis Horst Mahler an der Freien Universität als Lehrbeauftragter bedauere Jochen Staadt (FR v. 18.02.99). Über Horst Mahlers "Ursuppe im Hirn", der ja inzwischen einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht hat, berichtete zuletzt am 29.4.99 die taz. Allerdings war J. Staadt ein Gastbesuch Mahlers in seinem Seminar Anfang dieses Jahres nicht so wichtig, als daß er Schwierigkeiten dafür in Kauf genommen hätte, denn er trifft, wie dort zu hören war, Horst Mahler regelmäßig bei Weinabenden. Jochen Staadt ist Besucher und Nutzer des Mehringhofs! Es ist zwar nicht zu erwarten, daß er einem wie Horst Mahler zum Mehringhof ohne weiteres die "Tür öffnen" kann. Ist sowas wie die Vorstellung der Kunzelmann-Biographie am 2.11.98 im Mehringhof-Theater mit Bernd Rabehl in Zukunft aber ausgeschlossen?
Selbiger arbeitet mit Jochen Staadt im Forschungsverbund SED-Staat und ist als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FU, sowie Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung.
Seit Dezember sieht sich Rabehl Angriffen seiner "alten Gegner" ausgesetzt. Aber auch alte Freunde wenden sich seit seinem gemeinsamen Auftritt mit Mahler vor der pflichtschlagenden Burschenschaft Danubia von ihm ab. Als Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes "war (er) zuständig für die Mobilisierung der Burschenschaften" (B.R.), so daß ihm klar war, vor wem er da über "Nationalrevolutionäres Denken im antiautoritären Lager der Radikalopposition zwischen 1961/11980" redet (Junge Freiheit v. 18.12.98, Nr.52f). Ganz ausführlich setzen sich die Autoren Martin Jander und Rainer Maischein mit seiner Rede und ihrem Kontext auseinander (express, Zeitung für Betriebs- und sozialistische Gewerkschaftsarbeit im März 99). Dort stellen sie klar: "Er (Rabehl) setzt die völkische Ursprünglichkeit als Volk und Gemeinschaft, als Proletariat, gegen die Fremden und die angeblich von USA und Israel manipulierten Eliten, gegen Aufklärung, Liberalismus,

Marxismus, Bolschewismus, Sozialismus, Parlamentarismus, Kapitalismus."
Ebenso fordert H.-Eberhard Schultz ihn auf, seine "rassistisch und nationalistischen Thesen ... zu überdenken. " Eike Hemmer, Detlef Michel, Till Wilsdorf und viele andere mehr gehen auf Distanz und verurteilen das von Rabehl Geäußerte (http://www.partisan.net). Letztendlich kommen die Professoren Hajo Funke und Richard Stöss in ihrer gemeinsamen Stellungnahme zu der Beurteilung: "Rechtsextrem und antisemitisch. "
Seine rassistischen und faschistoiden, dumm anmutenden Folgerungen finden sich auch in der Kalaschnikow. Unter dem vermeintlichen linken Label kann er mittels Rechenexempel über das "Ab- und Aussterben der europäischen Völker" (B.Rabehl: "Krieg und Bürgerkrieg in Europa" in Kalaschnikow) schwadronieren. Bemerkenswert ist dabei, daß die Rechtenschützer sich über das Betreiben des partisan.net den Anstrich einer Neutralität zu geben versuchen. Installiert ihr noch ein. link zu Mahlers homepage?
Geschulte Demagogen wie Bernd Rabehl wissen, daß die Dummheit einer Behauptung keinen Einwand gegen ihre Wirksamkeit abgibt, und daß der Zweck alle agitatorischen Mittel heiligt. Es geht nicht in erster Linie darum, die Verschwörungen, die der "Trottel" und "Apo-Opa" Rabehl konstruiert, lächerlich zu machen und zu widerlegen. Abzuwehren ist vielmehr der Versuch der Vereinnahmung linken Denkens von Rechts durch Menschenfresser im linken Gewand!!
Rechtsextreme und ihre Unterstützer haben im Mehringhof, in Stadtteilläden (Zielona Gora) und anderen linken Zusammenhängen nichts verloren!

city-korsar

Die Linke ist antinational oder sie ist nicht!

Antifa heißt Rennen! Anmerkungen zum diesjährigen 1.Mai

Auch dieses Jahr gab es tausend gute Gründe am 1.Mai revolutionär gegen Ausbeutung und Unterdrückung auf die Straße zu gehen. Daß auch dieses Jahr wieder 20.000 Teilnehmer der revolutionären 1. Mai Demonstration dabei ihrer Wut über die herrschenden Zustände offensiv und militant zum Ausdruck brachten, ist gut. Schlecht ist wie das geschah.

Aus diesem Grund ist für alle revolutionären autonomen und kommunistischen Gruppen eine Diskussion über die Riots nötig - was geschah und wie man es besser machen kann. Mit einer kurzen Schilderung von dem, was wir am 1.Mai gesehen haben, wollen wir dazu beitragen.

Szene 1: 18 Uhr auf dem 0-Platz, die Demonstration sammelt sich. Alles schaut zum Demo-Truck. Von dort kommt aber nur ein Sammelsurium schwer verständlicher Radiojingles. Die Nummer vom EA, was das überhaupt ist und soll, Hinweise zum Verhalten auf Demos für die vielen jugendlichen TeilnehmerInnen kommen kaum oder gehen im seichten Moderationsbrei unter. Ist die Nummer des EA nicht wirklich wichtiger, als die Information, daß Atari Teenage Riot spielt?
Es wimmelt nur so von alkoholisierten Typen. Außer einem zarten Hinweis, den Alkoholkonsum doch auf die Zeit nach der Demo zu verschieben (!!!) kein Versuch der OrganisatorInnen, ein solches Verhalten zu unterbinden. Muß wirklich immer noch darüber geredet werden, daß Alkohol auf Aktionen nichts - aber auch gar nichts - zu suchen hat? Oder ist sowieso schon alles egal?

Szene 2.- 19.30 Uhr - die Demo geht los. Von organisierten Zusammenhängen ist - bis auf ein paar Ketten am Anfang und kleinen Ansammlungen um die Lautis - nichts zu sehen. Aufforderungen zum Demoverhalten, Informationen über die Struktur der Demo (Blöcke!, Ketten!) bekommt man nicht. Alles geht im Lärm von Atari Teenage Riot unter. Entsprechend ist die größte Ballung der Demonstration auch um die Lautsprecher, während es vor dem Wagen fast leer ist. Hätten die Bullen in dieser Situation einen Angriff auf den Demotruck unternommen ...
Am Rande sei noch erwähnt daß es auch an die Anwohner so gut wie keine Durchsagen über Ziel und Anlaß der Demo gab. Wollen wir überhaupt noch, daß mensch sich mit uns solidarisiert?

Szene 3: Es geht los. Die Bullen greifen die Demo an und alles rennt. Stein- und Flaschenwürfe aus der 20. Reihe (soweit mensch überhaupt von Reihen sprechen kann) gefährden eher die MitdemonstrantInnen, als daß sie die Bullen stören.
Auch dazu kein Verhalten von der Demoleitung. Null Durchsagen zur Lage, null Aufforderung stehen zu bleiben und Ketten zu bilden, keine Ansage an die durchgeknallte Punkermeute... Statt dessen: Musik und leere Parolen. Daß viele demounerfahrene Jugendliche in der Situation panisch reagieren und dadurch die Lage noch verschlimmern, ist dann auch kein Wunder.
Dann auch noch die Demo aufzulösen (was viele in den Seitenstraßen gar nicht mitkriegen konnten), ist die Krönung!

Szenen 4-20: Start the riot! In den Seitenstraßen und auf dem Kottbusser Damm geht's ab. Leute starten unvermummt die halsbrecherischsten Aktionen. Ein Punk springt einen fahrenden Räumpanzer an. Leute stehen stundenlang auf der Kottbusser Brücke und schmeißen auf alles, was vorbeifährt (Von Vermummung, Seitensicherung, schnellen Angriff und koordiniertem Rückzug keine Spur). Flaschen und Steinwürfe auf fahrende Wannen, obwohl dahinter Leute stehen. Barris an den unsinnigsten Stellen, die höchstens Demonstrantinnen auf der Flucht behindern...
Wir haben an dem Abend so viel unsinniges, zielloses und verantwortungsloses Verhalten gesehen, daß wir es kaum fassen konnten!!!

Daß viele Jugendliche keine Ahnung von Verhalten auf Demos haben, die uns selbstverständlich zu sein scheinen, ist klar. Daß es aber auch von organisierten Zusammenhängen und insbesondere von den Organisatorinnen der Demo so wenig Versuche gab, an dieser Lage etwas zu ändern ist Scheiße!!!
Uns wundert eigentlich nur noch, daß die Berliner Polizei in dieser Nacht nur 132 Leute festgenommen hat. Eigentlich hätten es mehr sein müssen.

Am 1.Mai ist allen in Berlin klar, daß es zu militanten Auseinandersetzungen mit den Bullen kommen wird und soll (und das ist richtig so!). Diese Einschätzung wurde auch von einer ganzen Reihe von Demoplakaten und Flyern (s.u.) vorangetrieben. Wer Handzettel mit brennenden Bullenwannen und steinewerfenden Vermummten verbreitet, ruft damit natürlich zu Militanz und Widerstand auf und steht damit auch in der Verantwortung.
Diese wurde schon im Vorfeld viel zu wenig wahrgenommen. Ein Flyer, auf dem eine einzelne Person, ohne Handschuhe, in nicht demotauglicher Kleidung, in jeder Hand einen Pflasterstein hält veranschaulicht das nur zu deutlich. Vorbereitung, kollektives Handeln, Vermummung und ein Mindestmaß an Selbstschutz für alle Beteiligten werden hier nicht einmal angedeutet. Statt dessen nur das Emblem der Antifaschistischen Aktion und der Hinweis auf Demoort und Uhrzeit.

Widerstand braucht nicht nur Phantasie, sondern auch Verantwortung, Struktur und Vorbereitung. Diese Verantwortung haben die InitiatorInnen der Demo an diesem 1.Mai weit von sich geschoben. Dasselbe gilt auch für die meisten alten Kreuzberger Zusammenhänge. Das Ergebnis dieser kollektiven Verantwortungslosigkeit haben wir am, l, Mai gesehen. Aus diesem Grund. rufen wir alle militanten Gruppen Berlins auf, dringend eine Diskussion darüber zu führen, wie der revolutionäre 1. Mai in Zukunft gestaltet werden soll. Insbesondere von der Demovorbereitung verlangen wir eine Stellungnahme zu ihren Fehlern in der Vorbereitung und Durchführung! Wir sind sauer!!!

Einige Massenmilitante

AUFRUF ZUR SOLIDARITÄT

Zur Zeit laufen in den Amtsstuben Berlins die Vorbereitungen für eine im Mai 1999 beginnende Prozesslawine gegenkurdische Aktivistinnen und Aktivisten. Der Innensenat,die Staatsanwaltschaft und die Ausländerbehörde planen, 247 Berliner Kurdinnen und Kurden wegen der Protestaktionen anläßlich der Entführung von Abdullah Öcalan anzuklagen, abzuurteilen, einzusperren und nach Möglichkeit in die Türkei abzuschieben.

In den Tagen nach der internationalen Geheimdienstaktion gegen den Vorsitzenden der Kurdischen Arbeiterpartei PKK am 16. Februar 1999 in Kenia gab es weltweit, auch in Berlin, massive Protestaktionen von Kurdinnen und Kurden. Die Besetzungen und Demonstrationen richteten sich gegen die diplomatischen Vertretungen der USA, Israels und Griechenlands sowie die Einrichtungen der Regierungsparteien SPD und B90/Die Grünen; der Protest zielte gegen die Mächte, die mit Waffen, Worten und Geld den türkischen Staat in seinem Krieg gegen das kurdische Volk unterstützen. Es waren die NATO-Staaten, die nach dem einseitigen Waffenstillstand der kurdischen Volksbefreiungsarmee im September 1998 und der politischen Initiative des PKK-Vorsitzenden in Italien im November 1998 entschieden hatten, keinen internationalen Verhandlungsprozess für eine friedliche Lösung des Kurdistan-Konfliktes anzustreben. Die unmißverständliche Botschaft des internationalen Kidnappings an die Kurdinnen und Kurden war: die "internationale Gemeinschaft" will, daß das türkische Staatssicherheitsgericht Abdullah Öcalan zum Schafott führt und der türkische Generalstab das Kurdistan-Problem löst - Todesstrafe und Krieg.

"Freiheit für Abdullah Öcalan" war die zentrale Forderung der kurdischen Protestaktionen. Die Staatsgewalt reagierte allein mit polizeilicher Unterdrückung. In der Woche vom 15. bis zum 21. Februar 1999 wurden bundesweit 2100 Kurdinnen und Kurden festgenommen, zum Teil von Schnellgerichten verurteilt, zum Teil in die Türkei abgeschoben. Die politischen Parteien forderten unter dem Kampfbegriff: "Innere Sicherheit" erleichterte Abschiebungen und generelle Demonstrationsverbote, um in Zukunft die politische Betätigung von Kurdinnen und Kurden noch stärker zu unterbinden. Die allermeisten Medien untermalten diese Forderungen mit einer einheitlich rassistischen Propaganda.

In Berlin starben Sema Alp, Ahmet Acar, Mustafa Kurt und Sinan Karakus unter den Kugeln israelischer Sicherheitsbeamter. Sie und weitere zwölf verletzte Kurdinnen und Kurden wurden mehrheitlich in Rücken und Hinterkopf getroffen. "Natürlich entsprechen Schüsse von hinten nicht der klassischen Notwehrsituation. Da die Israelis über den Status von Diplomaten verfügen, sei ein Verfahren gegen sie jedoch ausgeschlossen. Ohne diesen Schutz, so der Generalstaatsanwalt, würde er ein Verfahren führen müssen, dessen Anschuldigungen von Körperverletzung mit Todesfolge bis zu Mord reichen würden", berichtete die Berliner Zeitung über den Untersuchungsbericht des Generalstaatsanwaltes Hansjürgen Karge. Die Todesschützen mit Diplomatenpaß werden nicht vor Gericht gestellt - im Gegensatz zu den kurdischen Demonstrantinnen und Demonstranten.

229 Kurdinnen und Kurden wurden an diesem 17. Februar in Berlin festgenommen. Der Berliner Innensenator Werthebach (CDU) gab am 1. April bekannt, daß seine Behörde 247 an den Protestaktionen beteiligte Kurdinnen und Kurden namentlich erfaßt habe. Gegen 88 Personen werde Anklage erhoben und zusätzlich die Ausweisung in die Türkei geprüft. Bei 18 der 43 bis zum 1. April überprüften Kurdinnen und Kurden wurde die Staatsanwaltschaft um Zustimmung zur Ausweisung in die Türkei ersucht. Mittlerweile hat die Ausländerbehörde mit den ersten Anhörungen zu den beabsichtigten Abschiebungen begonnen. Kurdinnen und Kurden, die aufgrund von Folter und Verfolgung vor ihren Henkern geflohen sind und das Glück hatten, in Deutschland politisches Asyl zu erhalten, werden schon stereotype Formbriefe zuge-

Freiheit für die kurdischen politischen Gefangenen
Keine Abschiebungen in die Türkei
Freiheit für Abdullah Öcalan
Weg mit dem PKK-Verbot

stellt, in denen "aufenthaltbeendende Maßnahmen" angekündigt sind. Alle wissen, was das bedeutet. Der 17-jährige Kurde Emin Acar, am 12. März 1999 aus Deutschland abgeschoben, wurde nach viertägigem Verhör durch die Antiterrorabteilung der türkischen Polizei ins Gefängnis Ümraniye gebracht. "Er hat Schwierigkeiten beim Atmen, seine Genitalien sind angeschwollen und sein Körper ist durch Stockschläge voller Blutergüsse. Er leidet unter Schlaflosigkeit und führt Selbstgespräche" - so die Schilderung in einem Offenen Brief, den 420 kurdische Mitgefangene von Emin Acar an die deutsche und türkische Öffentlichkeit richteten.

Bisher gibt es laut Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren gegen 140 Berliner Kurdinnen und Kurden; diese Zahl kann sich aber angesichts der Ankündigung des Innensenats weiter erhöhen. 15 Kurdinnen und Kurden befinden sich in Untersuchungshaft. Im Mai werden die ersten Prozesse beginnen. Die Anklagepunkte sind "schwerer Landfriedensbruch", "schwerer Hausfriedensbruch", "schwerer Widerstand gegen Polizeibeamte" und "gefährliche schwere Körperverletzung". Die Staatsanwaltschaft erwartet laut Berliner Zeitung vom 27. April ein Strafmaß von mindestens vier Jahren. Die ersten Prozesse gegen einzelne Kurdinnen und Kurden sollen schnell abgeschlossen werden, bevor voraussichtlich im Juli zwei große Prozesse gegen mehrere Angeklagte anstehen.

Rot-grüne Kurdistanpolitik:

"Wir werden nicht alles anders, aber vieles besser machen"

Dieser Leitsatz der rot-grünen Bundesregierung hat sich auch in der deutschen Kurdistanpolitik bewahrheitet. Die von Außenminister Fischer beschworene "Kontinuität deuscher Außenpolitik" setzt sich in dieser Frage zusammen: aus dem Besuch der türkischen Polizei bei der GSG 9 im November 1998 und der Erklärung der Bundesregierung vom 1. April 1999, diese Form der Zusammenarbeit mit der türkischen Polizei sei "weiterhin unverzichtbar"; aus dem Lizenzbau deutscher Transportpanzer sowie der Lieferung deutscher Kriegsschiffe und U-Boote an die türkische Armee seit Dezember 1998 und der Aussage des Auswärtigen Amtes vom 10. Dezember 1998, die Bundesregierung verfüge über keinerlei Beweise bezüglich des Einsatzes deutscher Waffen in Kurdistan; aus den seit der Innenministerkonferenz am 25. Februar 1999 verstärkten Abschiebungen in die Türkei und der Aussage des Innenminsteriums vom 30. März 1999, vermutete PKK-Anhängerinnen und Anhänger werden vom Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ausgeschlossen, weil sie "auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden"; aus...

Wir rufen dazu auf, die Angeklagten zu unterstützen und gegen die bevorstehenden Prozesse zu protestieren.

Wir rufen dazu auf, das politische Anliegen der Angeklagten zu verteidigen.

Wir rufen zum Widerstand auf gegen die ungebrochene Politik des Krieges mit deutschen Waffen, gegen die kalte Abschiebung in die Hand der Folterer und deren Weiterbildung bei der deutschen Polizei.

Verteidigung Betreuung der Angeklagten und Öffentlichkeitsarbeit werden sehr viel Geld kosten. Bitte überweist auf das Spendenkonto:

Rote Hilfe e. V.
KN 718 95 90 600
Berliner Bank
BLZ 100 200 00
Stichwort: "Kurdistan"

Weitere Informationen beim:

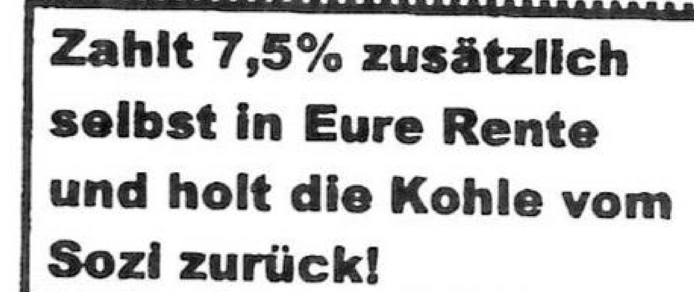
Solidaritätskomitee für die kurdischen politischen Gefangenen in Berlin

Yorckstraße 59
10965 Berlin

Telefon 030 - 788 999 01
Fax 030 - 788 999 02

Unterstützt von: Azadi - Rechtshilfeverein für Kurdinnen und Kurden in Deutschland e.V., Awadani Kurdistan e.V., Demokratische Emigranten Union e.V., Ermittlungsausschuß Berlin, Hoybun Verein, Informationsstelle Kurdistan e.V., Internationalistische Gruppe Berlin, Kurdische Gemeinde zu Berlin e.V., Kurdisches Institut für Wissenschaft und Forschung e.V., Kurdisches Zentrum e.V., Kurdistan Kultur und Hilfsverein e.V. (Komkar), Libertad!, Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Berlin, Verein der Eltern aus Kurdistan in Berlin e.V.

630,- Job + Sozi ?



Alle mal herhören!



Zahlt 7,5% zusätzlich selbst in Eure Rente und holt die Kohle vom Sozi zurück!

W A R U M ?

Ab 1. April 1999 haben Alle, die in Billig-Jobs arbeiten, die Möglichkeit zu den Rentenversicherungbeiträgen (12%) des Arbeitgebers in die Rentenversicherung, freiwillig zusätzliche 7,5 % vom Arbeitgeber abzuführen zu lassen. Diese Entscheidung gilt dann für die gesamte Zeit des Beschäftigungsverhältnisses.



W E I L !

Die 12% des Arbeitgebers bewirken lediglich Anspruch auf Altersrente. Die zusätzlichen eigenen 7,5% Beitrag begründen den Rechtsanspruch auf weitere Leistungen der Rentenversicherung: z.B. Erwerbsunfähigkeitsrente, Kuren oder Rehabilitation.

D E S H A L B !

Bei Sozialhilfebeziehern ist der zusätzliche Rentenversicherungsbeitrag 7,5 % = 47,25 DM vom Sozialamt zu übernehmen.



W I E ?

Zuerst wird dem Arbeitgeber mitgeteilt, daß er zukünftig zusätzlich zu den 12% weitere 7,5% freiwillige eigene Pflichtbeiträge der Rentenversicherung abzuführen habe. Danach wird das Sozialamt informiert. Das Einkommen ist nun nicht 630,- DM, sondern wegen dem Beitrag zur Rentenversicherung lediglich 582,75 DM (630,- minus 47,25). Das Sozialamt muß dann von dem geringeren Einkommen ausgehen, d.h. es hat den Betrag in Höhe von 47,25 DM auszugleichen.

Argumente gegen die EUROPÄISCHE UNION

Inhalt: Geschichte der europäischen Formierung / Politische Strukturen der EU / European Round Table of Industrialists / Wie deutsch wird der Euro / Die neue Macht der alten Welt: die Außenwirtschaftsbeziehungen der EU / EU-Osterweiterung / Abschottung und Festung Europa / Innere Sicherheit: Europol und andere Nettigkeiten / Beschäfti-

**Erhältlich im linken Buchhandel oder Bestellung bei:
Gruppe ohne Namen (GoN)
c/o Baobab, Christburger Str. 3
10 405 Berlin
Preis: bis 4 Ex. 5,-DM, darüber 20% Rabatt. Bestellungen nur gegen Vorkasse**

Autonomer Immobilienmarkt - bei Gießen



Antifaschistische Aktion Berlin
Engeldamm 68
10 179 Berlin
Tel.: 030 / 27 56 07 56
Fax.: 030 / 27 56 07 56

Berlin, 8.Mai 1999

Guten Tag!

Wir, die Antifaschistische Aktion Berlin, möchten hiermit darauf hinweisen, daß wir mit der folgenden Anzeige, die am 30.4.99 in der jungen Welt abgedruckt wurde, nichts und **rein gar nichts (!!!)** zu tun haben.

„Die jW-Kriegsberichterstattung zeigt uns, daß es richtig war, 1997 bei juWe (sic!) zu bleiben und nicht zur JuWo (sic!) bzw. NeDe (sic!) oder taze (sic!) zu wechseln. Eure (sic!) Antifaschistische Aktion Berlin (AAB)"

In dem Zusammenhang bitten wir Euch, in der nächsten Ausgabe der interim darauf hinzuweisen!!!

Antifaschistische Aktion Berlin



ZeugInnen gesucht!
Der Ermittlungsausschuß Berlin sucht zu den Ereignissen vom 30.4.99 bis 2.5.99 dringend:

- **ZeugInnen von Polizeiübergriffen**
- **Foto- und Videomaterial**
- **Gedächtnisprotokolle von ZeugInnen**

Also: Wer hat was gesehen, Fotos oder Videoaufnahmen gemacht? Bitte dringend beim Ermittlungsausschuß Berlin melden! Telefonisch: 692 22 22 oder persönlich dienstags von 20 - 22 Uhr im Mehringhof, Aufgang 3, 1. Etage.

Zwei Komponenten

EA MACHEN WIR

DM KOMMT VON EUCH

Der Ermittlungs-Ausschuß braucht dringend Geld! Für Prozeßkosten-übernahmen von Angeklagten. Solipartys Sammlungen Einzelspenden – alles ist gut Daueraufträge wären optimal! Sonderkonto: Klaus Schmid Konto-Nr.: 20610-106 Postbank BLZ: 100 100 10

Samstag, 12.6.99, 11.00-16.30

Regionales Treffen autonomer Lebens- und Arbeitsprojekte in Stadt und Land.
Perspektivischer Ratschlag m.Vortrag u.Diskussion

Haus der Familie, Mehringdamm 114
10965 Berlin-Kreuzberg (U-Bhf. Mehringdamm)

Berlin und Brandenburg haben eine bunte Projektlandschaft von ehemals besetzten Häusern, Wohnprojekten, Kommunen, Wagenplätzen, Kollektiven u.a.
In ihnen leben und arbeiten mittlerweile mehrere Generationen von Leuten unterschiedlichster politischer, kultureller und sozialer Szenen. Zum Teil sind diese Projekte durch auslaufende Verträge, Eigentümerwechsel oder bewußte Verdrängung im Zuge der Hauptstädterisierung Berlins bedroht. Im Moment entstehen aber auch etliche neue Gruppen und es gibt konkrete Gelände, die für Projekte nutzbar wären.
Wir möchten mit unserer Veranstaltung das Kennenlernen und den Erfahrungsaustausch von bestehenden Gruppen, NeueinsteigerInnen und Suchenden fördern.

Ablauf:
11:00 - 13:00 Uhr: Vorstellungsrunde anhand der Fragen und Themen, die die anwesenden bestehenden Gruppen, im Aufbau befindlichen Initiativen sowie Einzelpersonen mitbringen.
Danach Vortrag mit Diskussion:

p.m.
Von 'Karthago' zu 'KraftWerk 1' -
bolo'bolo in Zürich

13:00 - 13:45 Uhr: Mittagspause

13:45 - 15:15 Uhr: In Kleingruppen können einzelne Themen genauer besprochen werden

15:30 - 16:30 Uhr: Zum Schluß kommen nochmal alle zusammen, um über weitere Treffen, Zusammenarbeit etc. zu beraten.



open mind
open borders



Antirassistisches Grenzcamp bei Forst (Brandenburg)

Freitag:

17.00 Anreise & Buffet
19.00 Podiumsdiskussion
21.00 Party

Samstag:

10.00 Arbeitsgruppen:

Let's talk about:
Rassismus - eine Einführung

Mit dem Taxi in den Knast:
Die Taxifahrerprozesse

Another brick in the wall:
Festung Europa

Projekt Ausländerwatch:
Überwachung und Selektion von Flüchtlingen

15.00 Across the border:
Aktion an der Grenze
19.00 Konzert mit polnischen und deutschen Bands

Sonntag

10.00 Across the border:
Aktion an der Grenze
14.30 Arbeitsgruppen:

Gegen Rechts und Ordnung
Perspektiven der Antifa-Arbeit in Brandenburg

Kein Mensch ist illegal:
Flüchtlingshilfsprojekte

"Freunde der italienischen Oper":
Ausländerkriminalität und staatlicher Rassismus

19.00 Kulturprogramm

Montag

10.00 Arbeitsgruppen:

"Ausländer raus" für Fortgeschrittene:
Staatsbürgerschaft und die Kampagne der CDU/CSU

Es war einmal...
das Asylrecht

...und raus bist Du:
Abschiebehaft

Don't believe the hype:
Die Inszenierung des Rassismus

15.00 Abschlußaktion

Die Teilnahmegebühren (incl. Verpflegung) beträgt 30,- DM.
Infos & Verbindliche Anmeldungen bei:
JungdemokratInnen / Junge Linke
Rosa-Luxemburg-Str. 19, 10178 Berlin
Fon/Fax (030) 24729747, info@jungdemokraten.de
www.jungdemokraten.de



Termine

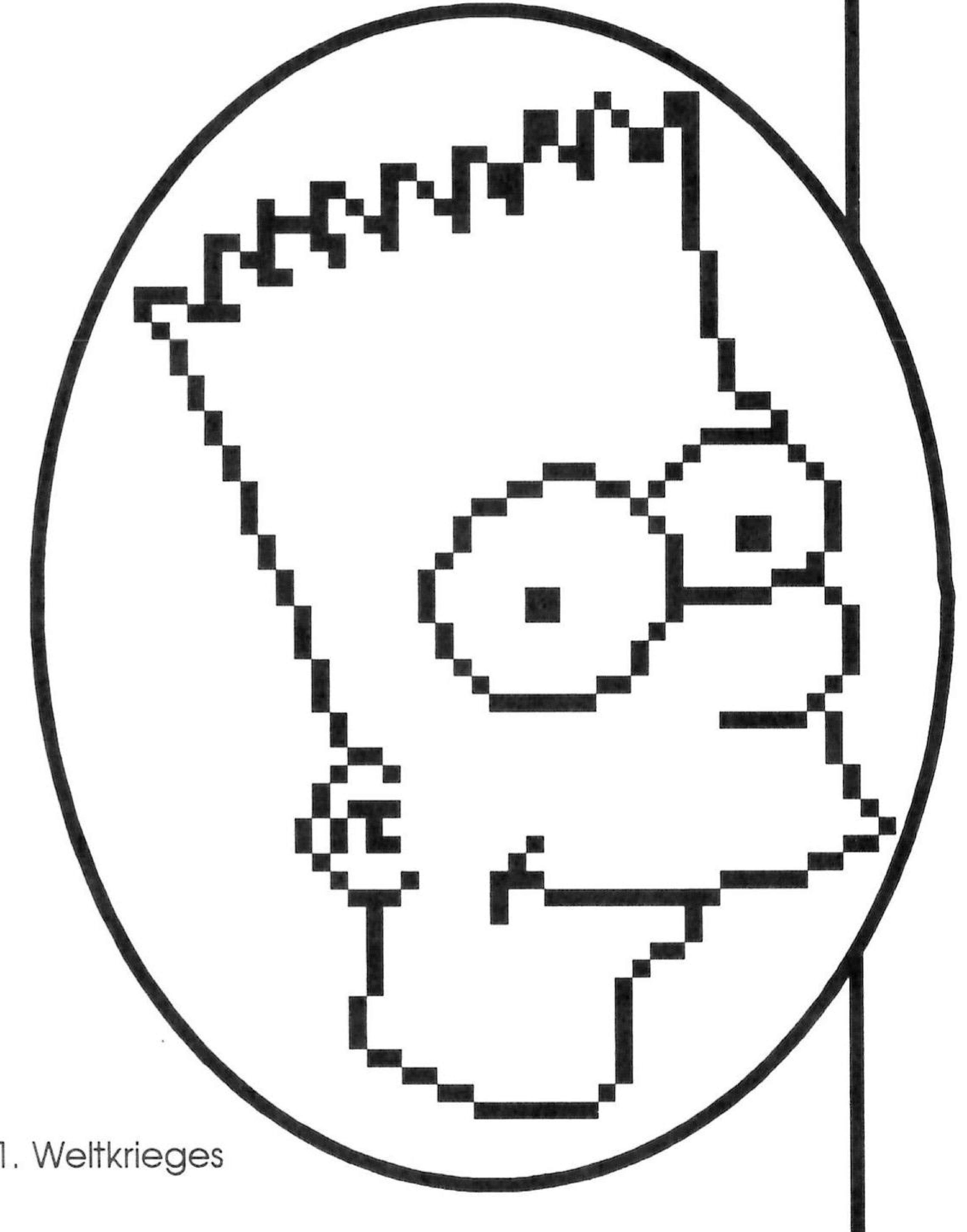
21.05.
19:00 Uhr
Referate und Diskussion "Ad hominem: Krieg dem Krieg"
Haus der Demokratie (Saal), Friedrichstr. 165,

02.06.
19:00 Uhr
Referate und Diskussion
"Kreuzfahrer heute" Zum Millenniumimperialismus und Antiamerikanismus in Achsenzeiten, zum Krieg der Gutmenschen, zu Walserdoitschen und Montagsmahlern und mehr! - eine Ideologiekritik an der deutschen Heimatfront, dort, wo die Oberlerche singt und der Renegat tief fliegt!"
Haus der Demokratie (Saal), Friedrichstr. 165,

21. - 24. Mai
Antirassistisches Grenzcamp bei Forst (Brandenburg)
(Genauere Infos im Heft)

24.Mai
21.00 Uhr
Infoveranstaltung zu den kommenden Gipfeln
in Köln und den Gegenaktionen
Bandito Rosso- Lottumstr. 10a

25.Mai
21.00 Uhr (Pünktlich!!)
Dokumentarfilme: All Power to the People/
Die schwarzen Panther (USA 1996, 115 min Hinter
diesen Mauern (Film über Mumia Abu Jamal)
Supamolli (Veranstaltungsraum) - Jessnerstr.41



20. Mai
18.00 Uhr
Sozialhilfeberatung (jeden 3. Donnerstag im Monat)
Fischladen - Rigaerstr. 83

27. Mai
20.00 Uhr
Die Zeit zum Kriege: Die Propagandatechniken des 1. Weltkrieges
Zwei Videofilme (30mim/38 min)
Fischladen - Rigaerstr.83

4.Juni
21.00 Uhr
Soliparty für Angeklagte der GelöbniX-Demo 98
Köpi; Köpenickerstr.137

12.Juni
11.00 - 16.30 Uhr
regionales Treffen autonomer Lebens- und Arbeitsprojekte in Stadt und Land
Haus der Familie - Mehringdamm 114

Wo man singt, da lass dich ruhig nieder

...böse Menschen haben keine Lieder?!

Neofaschistische Organisierung und rechte Jugendsubkultur

Eine Veranstaltung

mit Vorträgen
- über rechte Subkultur mit Schwerpunkt auf den Musikbereich
- über die Situation an Schulen und in Jugendclubs am Beispiel Hellersdorf

Mittwoch,

dem 26.Mai um 19 Uhr

im Audimax der

Alice-Salomon-Fachochschule

Alice-Salomon-Platz 6

U-Bhf.Hellersdorf

V.i.S.d.P.: Hans Schröder, Helene Weigel Platz 7, 12439 Berlin